

Das Parlament

Berlin, 25. Juli 2022

www.das-parlament.de

72. Jahrgang | Nr. 30-31 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Italien vor Neuwahlen

Mario Draghi Der frühere Präsident der Europäischen Zentralbank galt vielen als Anker der Stabilität in der italienischen Politik. Doch Kontinuität ist bekanntlich kein Markenzeichen des Landes. Vergangene Woche trat der parteilose 74-Jährige nach rund eineinhalb Jahren im Amt zurück. Zuvor hatte Draghi eine Vertrauensabstimmung im Senat zwar gewonnen, aber keine Unterstützung von drei wichtigen regierungstragenden Parteien – die Fünf-Sterne-Bewegung, die Forza Italia und die Lega – erhalten. Staatspräsident Sergio Mattarella löste nach dem Rücktritt die beiden Parlamentskammern auf. Somit wird es voraussichtlich Anfang Oktober zu vorgezogenen Neuwahlen kommen. Nach Umfragen liegt ein Rechtsbündnis um die postfaschistische Partei „Brüder Italiens“ aktuell vorn. scr



© picture-alliance/ANSA

ZAHL DER WOCHE

30

Ministerpräsidenten hat es in Italien seit 1948 gegeben. Einige von ihnen zogen gleich mehrfach in den Palazzo Chigi in Rom ein, Amtssitz des Premiers seit 1961: Insgesamt 64 Mal kam es in der 74-jährigen Geschichte der Republik Italien zu einer Wahl oder Wiederwahl eines „Presidente del Consiglio dei Ministri“.

ZITAT DER WOCHE

»In Russland wird jetzt Champagner entkorkt.«

Gennaro Migliore Der Abgeordnete von der Mitte-Links-Partei „Italia Viva“ in der Camera dei deputati fürchtet um die Stabilität Europas nach dem Rücktritt Draghis.

IN DIESER WOCHE

- THEMA**
Naturschutz Selfiejäger sorgen für Unmut in Naturparks **Seite 7**
- Bahn** Der Staatskonzern steht vor wichtigen Weichenstellungen **Seite 8**
- Kulturgeschichte** Wie das Reisen zur Freizeitbeschäftigung wurde **Seite 9**
- Urlaub im Spital** Medizintourismus ist ein beliebtes Geschäftsmodell **Seite 11**
- Führungen** Mit kundiger Unterstützung den Bundestag kennenlernen **Seite 12**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
64546 Mörfelden-Walldorf



Sorglos am Strand

VOLLER WIDERSPRÜCHE Urlaub zwischen Entspannung, Fernweh und Klimawandel

Was hätten das für schöne Wochen sein können: Entspannt am Strand in der Sonne liegen mit einem Cocktail in der Hand, aufregende Städte erkunden, in den Bergen den Abstand zur Zivilisation suchen oder in einem Hostel einen Urlaubsflirt wagen – und natürlich Hunderte Fotos schießen. Nach mehr als zwei Jahren Pandemie, Kontaktbeschränkungen, Einreisepflicht, Hochrisikogebieten und menschenleeren Touristenhochburgen hätte das der Sommer der Normalität werden sollen, endlich wieder Urlaub ohne Sorgen, Impfnachweis und Schnelltests. Aber so ist es gerade nicht. Zumindest nicht ganz so. Da ist zunächst die Pandemie selbst. Die ist nämlich gar nicht vorbei. Eine Sommerwelle rollt durch Europa. Zwar sind die meisten Verläufe, gerade bei Geimpften, vergleichsweise mild, doch für Risikogruppen kann Corona immer noch zu einem im schlimmsten Fall lebensbedrohlichen Urlaubsmittbringsel werden. Und nicht zu vergessen: Urlauber, namentlich die Apres-Ski-Fans in Ischgl, spielten eine nicht ganz unbedeutende Rolle bei der Verbreitung des Virus vor inzwischen mehr als zwei Jahren.



Extreme Hitze, Dürre, Waldbrände: An beliebten Urlaubsorten wie dem Bassin d'Arcachon im Südwesten Frankreichs werden Urlauberinnen und Urlauber aktuell mit den Folgen des Klimawandels konfrontiert. © picture-alliance/Hans Lucas/Benjamin Guillot-Moueix

Chaostage am Airport Doch es sind nicht nur das Infektionsgeschehen und die ohnehin angespannte Weltlage. An den Flughäfen herrscht – auch als Folge der Pandemie – Chaos. Menschen stauen sich an den Sicherheitskontrollen, nicht oder zu spät abgefertigtes Gepäck türmt sich in den Hallen der Airports. Es fehlt das Personal am Boden und in der Luft. Als Folge streichen europäische Airlines ihre Flugpläne zusammen. Manch ein Urlaub endet bereits am Gate. Das Reisen mit der Bahn hat bekanntlich auch seine Tücken. Und mit dem sehr nachgefragtem Neun-Euro-Ticket füllen sich gerade die beliebten Regionalbahnen, etwa aus Berlin gen Ostsee, noch stärker als ohnehin. Für Familien mit Kinderwagen wird das zur Tortur, wer einen Rad-Urlaub in der Region plant, muss schlimmstenfalls draußen bleiben.

Mit dem Auto zu verreisen hat neben den klassischen Stauproblemen aktuell ein dickes Preisschild. Das gilt ohnehin für eigentlich alles. Die explodierten Preise für Mietwagen in beliebten Urlaubsregionen sind inzwischen ein Dauer-Gesprächsthema an den Kantinentischen der Republik. Für andere steht angesichts der Rekordinflation überhaupt in Frage, ob sie sich in diesem Jahr einen Urlaub leisten können. Doch trotz Virus, trotz Chaos am Flughafen, trotz Inflation – die Deutschen wollen wieder Reisen, die von der Pandemie arg gebeutelte Tourismus-Branche meldet Buchungszahlen auf Vor-Corona-Niveau. Man will raus, man will in den Urlaub.

Das hat einen sehr einfachen Grund: Urlaub gilt vielen als die schönste Zeit des Jahres. Urlaub ist Sehnsucht nach Abwechslung vom Alltag, nach einer, wenn auch begrenzten, selbstbestimmten Zeit. Für die einen ist es das Versprechen auf Abenteuer, auf etwas Neues. Andere wollen den Exzess und die Entgrenzung. Manche wollen einfach nur ihre Ruhe, einige von allem etwas. Urlaub ist aber noch viel mehr. Wenn man es gesellschafts- bis kapitalismuskritisch sehen möchte, ist Urlaub beispielsweise einer der – zugegeben angenehmen – Tricks des Kapitals den Arbeiterinnen und Arbeitern einen Sinn ihrer Arbeit vorzugaukeln. Wer sich schon vom Produkt entfremdet hat, kann sich zumindest auf zwei Wochen Strand freuen.

Und wer sich gut erholt, der kann dann auch wieder ranklotzen. Die Details regelt das Bundesurlaubsgesetz. Urlaub ist aber auch Ausdruck einer wohlhabenden Gesellschaft. Kaum hatten die Nachkriegswestdeutschen das Wirtschaftswunder entfacht, sprangen die Kleinfamilien in ihre Volkswagen, fuhren über die Alpen und sonnten sich im Teutonenrill von Rimini. Der langjährige „Reiseweltmeister“ Deutschland ward geboren – nach 1990 auch mit Verstärkung aus dem Osten. Urlaub ist Business und ein Markt. Das Angebot ist breit: Vom Billigflug zum Billighotel am Billigstrand hin zum Luxustrip mit Luxusyacht und Luxusmenschen, von der Studienreise bis zum Seniorenangebot, Single-Reisen und Familienhotels, Aktiv-Urlaub auf Teneriffa oder Brust-Vergrößerung samt Stadtrundfahrt in Prag – jedes vermeintliche Bedürfnis wird von der Tourismusindustrie befriedigt oder im Zweifel geschaffen.

Urlaub ist Sehnsucht nach Abwechslung vom Alltag, nach einer selbstbestimmten Zeit.

Sage mir, wohin Du reist Kulturell und soziologisch gewendet ist Urlaub eine Status- und Distinktionsmaschine. Der Chianti schlürfende Kulturtourist in der Toskana will natürlich mit jenen, die ihren Wein zu schlechter Musik lieber mit Fruchtbeilage als Sangria aus Eimern trinken, nichts zu tun haben. Die Backpackerin wandert ganz individuell mit Rucksack auf Pfaden durch Vietnam, die allerdings auch schon ganz andere Individualisten durchschritten haben. Und wenn es schief läuft, endet man als ein wohlstandsverwahrloster Dirk, von dem der Liedermacher und Kabarettist Rainald Grebe einst sang, dass er ein buntes Hemd trägt und Sätze sagt wie: „Asien ist nicht mehr mein Fall. Asien – ist total überlaufen.“ Eines ist Urlaub, gerade außerhalb der eigenen Gefilde, indes leider nicht – unschuldig. So kann man sich natürlich fragen, ob es politisch sonderlich korrekt ist, an den Stränden von Ländern zu liegen, in den Autokratien sich fröhlich über die Devisen der Touristinnen und Touristen freuen. Auch über die Arbeitsbedingungen könnte man die eine oder andere Sekunde nachdenken: Ob die Menschen, die in den All-Inklusive-Bettenburgen in fernen Ländern die Tische abräumen, in der Küche schufteten, die Betten reinigen oder in den Maschinenräumen der Kreuzfahrtschiffe malochen, halbwegs ordentlich bezahlt werden, Urlaubsanspruch haben oder selbst jemals im Urlaub waren? Wir wissen es natürlich nicht. Wollen wir es denn überhaupt wissen? Und dann wäre da noch das Thema Nachhaltigkeit und Klimawandel. In den

keine Lösung. Das Fernweh vieler reicht vermutlich weiter als die schönsten deutschen Mittelgebirge.



Ausruhen vom Wirtschaftswunder: Urlauber samt Zelt und Auto am grünen Rheinufer auf einer Aufnahme von 1958. © picture-alliance/ dpa / Rohwedder

Urlaub zu fliegen, das ist in manchen Familien mit von Greta und Co. politisiert. „Fridays For Future“-Kindern zwischen ein veritabler Streitgegenstand. Der flugbasierte Massentourismus insbesondere der westlichen Welt trägt seinen Teil zum Klimawandel bei, so dass Urlaubsparadiese wie die Malediven in ihrer Existenz bedroht sind. Dass die aktuellen Dürre- und Hitzewellen insbesondere in Italien, Spanien und Frankreich – und ihre Ausläufer in Deutschland – eben nicht nur schönes Badewetter bedeuten, sondern Teil eines größeren Problems sind, hat sich inzwischen auch weitestgehend rumgesprochen – und davon zeugen auch die Bilder der Waldbrände in ganz Europa. Also bleibt nur noch – wie ebenfalls von Rainald Grebe besungen – „Urlaub in Deutschland, Urlaub in der Region“? Das ist – bei aller Wertschätzung das versammelte Tourismusmarketing des Landes – auch

keine Lösung. Das Fernweh vieler reicht vermutlich weiter als die schönsten deutschen Mittelgebirge oder das Wattenmeer. Verzicht auf Urlaub ist leicht zu predigen, aber lebensfern. So bleibt wohl nur, Widersprüche auszuhalten, auf den technischen Fortschritt zu hoffen und sich die ein oder andere kritische Frage hinsichtlich des ökologischen oder sozialen Kontextes der eigenen Reiseplanung zu stellen.

Mehr als hübsche Bilder Zumal: Urlaub – verstanden als Reisen – ist auch deshalb so faszinierend, weil der Ausbruch aus dem Alltag auch den eigenen Horizont erweitern kann. Es muss nicht gleich eine Studienreise sein und natürlich geht es – siehe Ballermann – vermutlich auch komplett ohne jedweden ernstzunehmenden Erkenntnisgewinn. Aber beim Aufenthalt in der Fremde, beim Erkunden des Neuen bleibt doch meistens etwas hängen, was mehr ist als das schönste Urlaubsfoto – und für den Geist noch erfrischender als der gelungenste Cocktail. Sören Christian Reimer

EDITORIAL

Oh, wie schön ist...

VON ELENA MÜLLER

Warum in die Ferne schweifen? Weil das Gute, das so nahe liegt, vielen Menschen für einen Urlaub lange Zeit nicht gut genug war. Neben Export- gilt Deutschland auch als Reiseweltmeister. Der weinrote EU-Reisepass mit dem goldenen Bundesadler gehört laut Studien zu den wertvollsten der Welt. Es gibt kaum eine Grenze, die einem mit diesem Ausweisdokument verschlossen bleibt. Außer, es ist Pandemie. Dann hilft der Pass auch nicht mehr. Urlaub im eigenen Land, das ist seit Corona plötzlich massentauglich geworden. Auch jene, die sonst vielleicht einen Roadtrip durch Kalifornien gemacht oder auf den Straßen Bangkok Nudeln gegessen hätten, führen plötzlich nach Konstanz oder Borkum. Und warum auch nicht? Es gibt viele schöne Ecken, ein breites kulturelles Angebot, langweilig wird einem da sicher nicht so schnell. Und für eine Zugfahrt von Stuttgart nach Stralsund braucht man in diesem Jahr sogar nur noch neun Euro. Doch es ginge noch besser. Wie viele andere Bereiche hängt auch die deutsche Tourismusbranche bei der Digitalisierung hinterher. Fachleute betonen immer wieder, wie hilfreich und notwendig digitale Angebote sind, um beispielsweise Besucherströme in stark frequentierten Gebieten gezielter zu lenken oder Angebote besser aufeinander abzustimmen. Zum Beispiel dort, wo aufgrund des Personalmanagements kein durchgängiges gastronomisches Angebot mehr vorhanden ist oder wo an anderer Stelle eine Überlastung droht, während drei Orte weiter die Hotelzimmer leer bleiben. Auch für ausländische Gäste wäre es attraktiv, den Besuch in Deutschland mit Hilfe digitaler Angebote schon im Heimatland besser planen zu können. Um Deutschland auch nach der Pandemie, nach Flugchaos und Krieg als Reiseziel weiterhin attraktiv zu halten, muss auch die Politik ran. Die zum Teil kommunal und damit kleinteilig organisierte Branche sollte besser koordiniert werden. Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag angekündigt, die Nationale Tourismusstrategie, die von der Vorgängerkoalition aufgesetzt wurde, voranzubringen und um eine Plattform zum besseren Austausch zu erweitern. Als eine Maßnahme für mehr Digitalisierung soll der analoge Meldeschein abgeschafft werden. Das wäre ein erster Schritt. Aber nur einer von vielen nötigen.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

KÖNNEN WIR UNS NOCH LEISTEN ZU REISEN?

Eine Frage der Dosis

PRO



Michael Pohl, »Redaktionsnetzwerk Deutschland«, Hannover

Reisen stellt uns in diesem Sommer vor nie geahnte Herausforderungen – Rekordwarteschlangen an Flughäfen, verspätetes Gepäck, horrendes Mietwagenpreise, dazu die stets mitschwingende Frage: Was passiert, wenn ich mich im Urlaub mit Corona infiziere? Und überhaupt: Sollte man aus Gründen des Klimaschutzes nicht ohnehin besser aufs Reisen verzichten? Das wäre fatal. Wer die Welt verstehen will, muss sie selbst erleben. Vorurteile lassen sich am besten vor Ort abbauen. Und mehr noch: Um das eigene Umfeld zu Hause gedanklich durchdringen zu können, ist es unerlässlich, auch andere Gegenden zu kennen. Selbst wenn die Eindrücke im Urlaub oftmals noch so banal sein mögen – wir lernen am meisten von dem, was wir zuvor nie vermisst haben. Ein Verzicht aufs Reisen, wie während der Corona-Shutdowns, verändert Menschen. Und dies nicht zum Positiven. Die Frage der Stunde muss vielmehr sein, wie Klimaschutz und Tourismus in eine vernünftige Balance zu bringen sind. Gar nicht zu reisen mag eines der wirksameren Mittel gegen den Klimawandel sein. Es würde aber Probleme in anderen Bereichen der Gesellschaft schaffen. Und es wäre – hoffentlich – zumindest in Europa utopisch. Durchsetzen sollte sich vielmehr die Erkenntnis, dass etwa der Wochenendtrip nach New York ganz sicher nicht mit dem Klimaschutz vereinbar ist und dass die Bahn zumindest auf Inlandsstrecken oftmals die sinnvollere Alternative zu Flugzeug und Auto darstellt. Wichtig ist aber auch, selbst bei Fernreisen kein zu schlechtes Gewissen haben zu müssen – es kommt vielmehr auf die Dosierung an. Länger reisen, bewusster, dafür seltener: Diese Formel könnte ein Anfang sein.

Auf Konsum reduziert

CONTRA



Waltraud Schwab, »die tageszeitung«, Berlin

Die Schlangen an den Flughafen-Check-Ins sind ein gutes Zeichen. Das Tamtam darüber ist indes das letzte Aufbäumen einer verwöhnten Gesellschaft. Ein Flug nach London – tausend Euro – ein Skandal! Als wäre ein Recht auf billiges Fliegen in Gefahr. Alle fragen: Wie konnte es so weit kommen? Niemand fragt: Warum sollten Flugreisende ein Anrecht darauf haben, keinen klimagerechten Preis zu bezahlen und nicht warten zu müssen? Über die immer länger werdenden Schlangen der Hungerigen vor den Ausgabestellen der Tafeln gibt es keinen Aufschrei. Was ist wichtiger: nicht zu hungern oder nicht fliegen zu können? Reisen ist dank der Reise-, der Flug-, der Tourismusbranche verkommen. Alles soll billig sein. Das Erlebnis ist reduziert auf blauen Himmel und eine Liege am Strand. Was früher die Schönheit einer Gegend ausgemacht hat, sind nun Ferienanlagen. Der Dreck rechts und links des Hotels wird übersehen. Wie überhaupt der Dreck des Reisens egal ist. Urlaub ist reduziert auf Konsum. Was konsumiert wird, geben Hotelketten und Investmentfonds vor. Nein, wir können uns das Reisen nicht mehr leisten. Bevor jemand ein Ticket für eine Pauschalreise kauft, soll er/sie/es eine Prüfung in Wahrnehmung machen. Stellen Sie sich eine Stunde in einen Wald und schreiben Sie dann einen Aufsatz: Was ich im Wald gesehen habe. Stellen Sie sich eine Stunde auf eine Wiese und schreiben dann einen Aufsatz: Was ich auf der Wiese gesehen habe. Der Aufsatz muss zehn Seiten lang sein. Solange Sie keine zehn Seiten schaffen, besteigen Sie kein Flugzeug. Denn erst wenn Sie sehen lernen, kapierten Sie, was im Begriff ist, für immer verloren zu gehen: die Sinnesreise nämlich.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 12 Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Frau Karliczek, zunächst einmal die Frage: Wohin führt Sie ihr nächster Urlaub?
In die Berge. Und wir fahren mit dem Auto, sicher ist sicher...

Bleibt einem gerade ja auch fast nichts anderes übrig.

Ja, es herrscht gerade ein ganz schönes Durcheinander... Natürlich geht ein Teil auf die Corona-Pandemie zurück. Aber auch darauf, dass es sehr schwer ist, genügend Leute zum Arbeiten zu finden. Der Mangel an Arbeitskräften hat sich ja gerade nochmal massiv verstärkt. Bis vor Corona galt eine Arbeit im Tourismus als ein Beruf mit Jobgarantie. Das war eine boomende Branche. Egal wo man hinschaute, es wuchs alles, es wurde immer besser. Jetzt merken wir, dass es auch Risiken gibt, die auch für diese Branche nicht sofort zu bewältigen sind.

Ihre Familie führt ein Hotel in Brochtorbeck. Können Sie aus erster Hand berichten, wie es in der Branche gerade aussieht?

Da kommt jetzt nach der Pandemie, mit dem Ukraine-Krieg und der Inflation wirklich eins zum anderen. In den Bereichen, in denen es schon vor der Pandemie viel touristischen Verkehr gab, ist es wieder gut angelaufen. Die Menschen wollen raus, sich erholen nach den anstrengenden Monaten. Da ist der Mitarbeitermangel das größte Problem – auch, weil immer noch viele Mitarbeiter durch eine Corona-Infektion ausfallen. Ein weiteres Problem ist, dass die Menschen wegen der steigenden Preise sich schon einmal mehr überlegen, was sie sich leisten wollen und können und was nicht.

Unter diesen Umständen wird Urlaub schnell zum Luxus. Wird Reisen immer mehr zum Hobby für Menschen mit Geld?

Wir müssen die gesamte Palette des Angebots betrachten. Zum Beispiel bieten Familienferienstätten viele attraktive und preiswerte Möglichkeiten. Aber natürlich muss die Angebotsmenge auch zur Nachfrage passen, wie zum Beispiel auf den Campingplätzen. Bis jetzt waren wir immer auf dem aufsteigenden Ast, es wurde alles immer qualitativ besser und am Ende ein bisschen teurer. Jetzt ist die Situation eine ganz andere, das Angebot muss zur Nachfrage passen. Viel größer ist glaube ich das Problem, dass uns das Angebot in weiten Teilen wegbriecht.

Wo muss die Politik da eingreifen?

Wir brauchen eine bessere Vernetzung und Organisation. Es ist alles sehr kleinteilig organisiert, zum Beispiel im Bereich Verkehr. Das kann man mit Hilfe digitaler Angebote auf eine neue Ebene heben. So kann man beispielsweise Besucherströme besser lenken oder Angebot und Nachfrage schneller zusammenbringen. Wichtig ist, dass die Regionen ein durchgängiges Angebot anbieten, zum Beispiel bei der Versorgung oder den Wanderrouten. Bei diesen niedrigschwelligen Angeboten, die aber im Alltag und in den Ferien besonders spürbar sind, ist in den vergangenen Jahren zu viel weggebrochen. Um das zu beheben, muss man sich besser vernetzen. Dies hilft, dass Wanderer oder Radtouristen schneller das für sie passende Angebot finden. Und die Digitalisierung hilft, dass die Anbieter besser erfahren, zu welchen Zeiten sie ihre Dienstleistungen anbieten.

Nehmen wir an, die Angebote wären prinzipiell da – es fehlt ja aber an allen Ecken und Enden an Menschen, die die Arbeit machen. Wie kann man wieder mehr Arbeitskräfte für die Branche gewinnen?

»Angebot bricht weg«

ANJA KARLICZEK Die Hotel-Fachfrau und Tourismus-Expertin der Union über fehlendes Personal, mangelnde Vernetzung und Nachhaltigkeit als Vorteil



© Sabine Braungart

Wir brauchen mehr Flexibilität im Bereich der Arbeitszeit. Man darf ja nach geltendem Recht maximal zehn Stunden pro Tag arbeiten. Manche Mitarbeiter – nicht nur in der Gastronomie – würden lieber an vier Tagen ein oder zwei Stunden mehr arbeiten und damit eine Vollzeitstelle an vier Tagen abdecken. Es geht hier auch nicht darum, endlos zu arbeiten, sondern die Möglichkeit zu schaffen, dass jemand seine Ruhezeiten so planen kann, wie er das braucht. Es geht nicht um Verdichtung von Arbeit, sondern um mehr Flexibilität. Das

zweite ist, dass wir klar machen müssen, dass es im Tourismus hochattraktive Arbeitsfelder mit vielfältigen persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten gibt. Ich wünsche mir, dass dies mehr in den Mittelpunkt der Debatte rückt – genau wie diese Berufe einfach mehr Wertschätzung verdienen.

Wo es auch besonders fehlt, ist der Nachwuchs: Fast die Hälfte der Azubis in der Gastronomie bricht die Ausbildung ab.

Das hat vielfältige Gründe. Viele beginnen eine gastronomische Ausbildung, weil sie nichts anderes gefunden haben. Dann merken sie, dass das vielleicht nicht sofort der Traumjob ist. Wenn sie dann noch etwas anderes finden, von dem sie eher glauben, dass es den Wünschen entspricht, dann hören sie auf. Das müssen wir versuchen zu vermeiden. Ich habe ja bereits von der manchmal fehlenden Wertschätzung für diese Berufe gesprochen. Wenn wir diese wieder den jungen Menschen entgegenbringen, dann werden wir auch mehr Bewerber finden.

Ein Thema, das bei den ganzen Krisen momentan in den Hintergrund tritt, auch im Tourismus, ist der Klimaschutz und die Nachhaltigkeit. Wo kann die Branche ansetzen?

Zum einen ist Naturtourismus ein Riesenfaktor geworden. Ich wohne zum Beispiel an einem Wanderweg. Ich sehe dort überwiegend junge Leute, weniger ältere Menschen. Da hat sich unheimlich was entwickelt. Auch in einem anderen Bereich ist das Thema Nachhaltigkeit angekommen. Aufgrund der gestiegenen Energiepreise sind Unternehmen wie Hotels, Restaurants oder auch der Flugverkehr quasi gezwungen, den Verbrauch zu senken, da sie die Kosten nicht eins zu eins auf den Besucher und den Gast umlegen können. Ich bin da aber gar nicht negativ, da viele Unternehmer schon früher begonnen haben, ihre Betriebe umwelt- und klimafreundlich umzurüsten. Das Thema Nachhaltigkeit ist angekommen und es ist ein Wettbewerbsfaktor.

Für wie sinnvoll halten Sie Siegel, um Reisenden, die nach nachhaltigen Angeboten suchen, noch stärker Orientierung zu bieten?

Man sollte an der Zertifizierung ansetzen, die es heute schon gibt. Also bewährte Label um den Punkt Nachhaltigkeit erweitern. Denn genau das ist das Problem: Dass wir immer etwas Neues schaffen, statt an das anzuknüpfen, was bereits da ist.

Apropos Übersichtlichkeit: Die fehlt momentan an den deutschen Flughäfen. Was ist da falsch gelaufen?

Natürlich tragen auch die Airlines eine Verantwortung. Sie haben die Situation massiv unterschätzt. Aber gerade in den Sicherheitsbereichen ist die öffentliche Hand zuständig. An der Stelle muss man sich schon mal an die eigene Nase fassen: Über die Airlines schimpfen ist zu wenig. Die Bundespolizei hätte sich auch besser aufstellen müssen. Es ist ein bisschen wohlfühl, da anderen die Schuld zuzuschreiben. Reisebüros und Gewerkschaften haben schon im letzten Jahr vor den Personalengpässen gewarnt. Niemand hat darauf reagiert. Die zweite Warnung gab es ja zu Ostern. Spätestens dann hätte die Bundesregierung an Lösungen arbeiten müssen, langfristigen wie kurzfristigen. Da ist viel zu viel Zeit verdröht worden. Irgendwann hätte man da mal wachwerden und an Lösungen arbeiten müssen. Ich glaube nicht, dass die 2.000 Arbeitskräfte aus der Türkei, die nun zu uns an die Flughäfen kommen, vor Ende August anfangen können. Wir brauchen einen Flug-Gipfel, bei dem langfristige Lösungen erarbeitet werden. Außerdem brauchen wir den kurzfristigen Einsatz von Kräften der Bundespolizei, die an anderen Stellen aktuell nicht benötigt werden. Zudem muss die Zusammenarbeit der beteiligten Stellen mit den Jobcentern verbessert werden.

Das Gespräch führte Elena Müller. ||

Anja Karliczek ist tourismuspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion. Die ehemalige Bundesministerin für Bildung und Forschung sitzt seit 2013 im Bundestag.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Fachmann: Stefan Zierke

Zum Tourismus kam Stefan Zierke, weil er damit den Leuten Freude verkaufen konnte. Das ist über 30 Jahre her, nun ist er tourismuspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und kümmert sich um das, was er Rahmenbedingungen für eine Branche nennt, von der er sagt: „Der Tourismus hat es eh schon schwer, da muss man es ihm nicht noch schwerer machen.“ Es ist Donnerstagnachmittag, er ruft kurz aus seinem Büro an, gleich gehen die Beratungen im Plenarsaal weiter. Zierke versteht sich als Fürsprecher eines nachhaltigen Tourismus in Deutschland. Grenzen im „Fremdenverkehr“ sieht er vor allem auf der sozialen Ebene. „Die Gehälter sind zu niedrig“, sagt er. „Da ist ein Fachkräftemangel vorprogrammiert.“ Zierke, 51, fordert Bezahlungen, die über dem Mindestlohn liegen. Mehr Bedeutung solle der Tourismus an sich in der Bundespolitik bekommen, sagt er. „Mit rund vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts trägt Tourismus mehr bei als der Maschinenbau. Aber wer hat die größere politische Vertretung und Sichtbarkeit?“ Gerechtigkeit hatte den gebürtigen Prenzlauer einst in die SPD gebracht. „In meiner Familie, in meinem Freundesumfeld, da haben eigentlich alle irgendwie sozialdemokratisch getickt“, erinnert er sich. „Es sollte nach 1989 nicht nur Gewinner und Verlierer geben, sondern alle sollten vom neuen System profitieren.“ Eingetreten ist er indes erst 2008, da war er 37. In der DDR hatte er nach der Schule eine Lehre zum Werkzeugmacher abgeschlossen, begann 1990 mit dem Wehrdienst noch in

der NVA und beendete ihn in der Bundeswehr. Und dann? „Bankkaufmann war nicht meins“, erinnert er sich, dann kam die Idee mit dem Verkaufen von Freude. Es folgte die Ausbildung zum Reiseverkehrskaufmann, er leitete die Vollreisebüros der Volksbank Uckermark in Templin und in Prenzlau, „in der Uckermark sah ich von Beginn an Potenzial“, sagt er, „unsere Marke ist, dass wir ein ländlicher Raum sind, wie man ihn sich vorstellt“ – mit den Berlinern, die so gern rausfahren.



© Da / Geleier Fotopress

»Der Tourismus hat es ohnehin schon schwer, da muss man es ihm nicht noch schwerer machen.«

Danach die Weiterbildung zum Touristikfachwirt, 2003 übernahm Zierke die Geschäftsführung des Tourismusverbandes Uckermark, eine Region, in der vieles von der Branche abhängt. Das rückte ihn auch mehr in die Sphären der Politik hinein. Als Sachverständiger sprach er öfters vor der Stadtverordnetenversammlung von Prenzlau und merkte dann, „dass die Politiker aus nicht sachlichen Gründen anders handelten, als man ihnen

empfehl“. Die Konsequenz: Wenn, so dachte sich Zierke, Du etwas verändern willst, musst Du dorthin, wo gestaltet wird. Also der Eintritt in die SPD, in der er zügig Verantwortung übernahm, „man kannte mich ja in der Uckermark“. Aus der Region habe er von Beginn an Unterstützung erfahren, sagt er. Doch das Direktmandat für den Bundestag im Wahlkreis Uckermark Barnim I errang er erst 2021; 2013 und 2017 zog er über die Landesliste ein. Denn schon kurz nach seiner Mitgliedschaft in der SPD war er in die Stadtverordnetenversammlung eingezogen, wurde bald darauf Fraktionsvorsitzender. Ein Jahr nach seinem Bundestagsmandat wurde er in den Kreistag gewählt, die Verbundenheit mit der Region verfestigte sich formell. „Das Direktmandat 2021 gab noch einmal einen Ruck, damit zeigte sich, dass es sich lohnt, zu kämpfen“, sagt er. „Es ist auch ein Stück mehr Verantwortung für die Region.“ Region, dieses Wort benutzt er oft. 2018 gab es einen kurzen Ausflug weg von der Tourismuspolitik, da ernannte ihn das Kabinett Merkel IV zum Parlamentarischem Staatssekretär im Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend – bis zum Ende der Großen Koalition und der Übergabe des Ressorts an die Grünen. Nun also wieder zurück zu den Kernthemen. Dass der Gesetzgeber bei der Digitalisierung hinterherlaufe, wurde ihm, so Zierke. Und wo sieht er sich in zehn Jahren? Zierke lacht laut auf. „Auf jeden Fall auch im Urlaub, mit meiner Frau auf einem Campingplatz in Italien.“ Jan Rübel ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos
Stephan Roters

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Redaktionsschluss
22. Juli 2022

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
Kurhessenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

Leserservice/Abonnement
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 32
Telefax (089) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fazit-com@cover-services.de

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 x
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Christian Zentner (cz) v.i.S.d.P.

Stellvertretender Chefredakteur
Alexander Heinrich (ah)

Verantwortliche Redakteure
Lisa Brißler (lbr)
Claudia Heine (che)
Nina Jeglinski (nkj)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Elena Müller (emu)
Sören Christian Reimer (scr) cvD
Sandra Schmid (sas)
Michael Schmidt (ms)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 36
Telefax (089) 8 58 53-6 28 36
E-Mail:
fazit-com-anzeigen@cover-services.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird Recycling-Papier verwendet.



Die „Obermühle“ in Görlitz liegt direkt an der Neiße. Ihr Chef Jörg Daubner beschäftigt etwa 30 Mitarbeiter in verschiedenen Bereichen.

© Pawel Sosnowski

»Am Markt mitmischen«

VOR ORT Wie sich Betriebe im Gastgewerbe gegen die Probleme der Branche stemmen: drei Beispiele aus der Lausitz

Im „Wjelbik“ klingelt das Telefon. Monika Lukasz, die Wirtin des sorbischen Restaurants in Bautzen, greift nach dem Hörer. Der Anrufer aus Kamenz möchte einen Tisch zum Abendessen reservieren lassen. „Da freuen wir uns“, sagt die 38-Jährige mit einem Lächeln, bevor sie auflegt, und erklärt: „Das sind Stammgäste, die nur wegen uns nach Bautzen kommen.“ Das Geschäft im „Wjelbik“ (Gewölbe) floriert, was auch am Profil des Restaurants liegen mag. Hier kehren oft Touristen ein, die mehr über die Lausitzer Sorben wissen wollen: das kleinste slawische Volk, ansässig im Osten Sachsens und Süden Brandenburgs. Wenn Lukasz Reisegruppen empfängt oder Einzelgäste bedient, trägt sie stets eine sorbische Tracht, und das nicht nur zur Schau. Sie gehört der nationalen Minderheit selbst an, ebenso wie ihr Mann Thomas, der Küchenchef im „Wjelbik“. Das Paar übernahm das Lokal von Monika Lukaschs Eltern. Sie führt auch die Tradition ihrer Mutter fort, in Tracht zu servieren. Seinerzeit war das Restaurant allerdings touristischer ausgerichtet. „Wir haben das Konzept erweitert und verbessert“, erzählt die heutige Chefin. Die Speisekarte wechselt mehrfach im Jahr und variiert in sai-

sonalen Angeboten. Außerdem kocht das Küchenteam um Thomas Lukasz ausschließlich frisch, am liebsten mit regionaler Ware. Den höheren Aufwand honorieren die Gäste, auch in schwieriger gewordenen Zeiten. „Wir haben nach wie vor gut zu tun“, sagt Monika Lukasz. Das Lokal ist eine beliebte Adresse in der Region bei Leuten, die mit Niveau speisen wollen. Die Wirtin kennt die einschlägige Meinung, im „Wjelbik“ sei es „ganz schön teuer“. „Viele haben gar nicht im Blick, was wir leisten“, glaubt die zweifache Mutter. Ihre Arbeitswoche habe durchaus bis zu 80 Stunden: „Wir sind ständig auf Achse und müssen uns gut organisieren.“ Sie versteht es, auf Leute zuzugehen und sie charmant zu bewirten. Das war wohl umso wichtiger, nachdem Bautzen durch Proteste gegen Corona-Maßnahmen in die Schlagzeilen geriet. Menschen zogen dort jeden Montagabend nicht nur lautstark durch die Straßen. Dabei flogen auch Böller und Flaschen, sogar Polizisten wurden angegriffen und verletzt. „Wir arbeiten daran, dass sich das in den Medien vermittelte Bild nicht festsetzt und die Leute mit einem positiven Eindruck nach Hause gehen“, sagt die Gastwirtin. Die Corona-Zeit hat Spuren hinterlassen. Lukasz könnte der gute Ruf ihres Restaurants geholfen haben, dass es trotz sich ständig ändernder 2G- und 3G-Regeln kontinuierlich frequentiert war. „Das sind die Früchte der letzten Jahre“, schätzt die Geschäftsführerin ein. Personalprobleme belasten sie gerade nicht. Vor fünf Jahren sah das noch anders aus, doch im Moment sind alle Stellen besetzt. „Mental schwierig“ sei indes gewesen, ihre Beschäftigten wegen der Pandemie in Kurzarbeit zu schicken, weil sie so ihre soziale Aufgabe als Arbeitgeberin nicht erfüllen konnte.

»Wir sind ständig auf Achse und müssen uns gut organisieren.«

Monika Lukasz, Gastwirtin

en und Männer in verschiedenen Bereichen. Personalnot kennt auch er nicht. Freie Stellen blieben nicht lange frei, sagt der Chef der Obermühle. Das Restaurant mit Hotel und Bootsverleih liegt idyllisch an der Neiße, direkt am Oder-Neiße-Radweg. Interessierte meldeten sich sowohl auf Ausschreibungen als auch mit Initiativbewerbung. Der Gastronom weiß um das Privileg, Personal auswählen zu können, während anderswo händeringend nach Fach- und Hilfskräften gesucht wird. Laut dem Branchenverband Dehoga beklagen immerhin rund 60 Prozent der Betriebe im Juni akuten Mitarbeitermangel. Daubner übernahm die Obermühle 2016 von seiner Mutter. Der gelernte Koch, der auch Wirtschaft und Philosophie studierte, hat das Unternehmen um mehrere Standbeine erweitert. Dazu zählen eigener Gemüseanbau sowie eine Küche, die Kindergärten und Schulen täglich mit Essen beliefert. „Wir sind nicht vom Tourismus abhängig“, konstatiert er selbstbewusst. „Das System funktioniert in sich.“

Autarke Versorgung Eigenes Bier brauen, frisches Brot backen, Nudeln selbst herstellen und eigenhändig die Äpfel ernten, die zu Saft für den Ausschank im Lokal verarbeitet werden: Von Beginn an setzte Jörg Daubner auf autarke Versorgung. „Wir kennen die Lieferanten oder machen es selbst“, sagt er. Auch die Wasserkraftanlage der stillgelegten Getreidemühle ließ er wieder aufbauen, um grünen Strom für den eigenen Betrieb zu erzeugen. „Wir stellen uns immer wieder auf neue Umstände ein“, berichtet Daubner. Reisende kämen gerade wegen des speziellen Konzepts in die Obermühle, nähmen dort Quartier und schauten sich dann auch Görlitz an, die Stadt mit rund 4.000 Denkmalen aus verschiedenen Bauerepochen von der Gotik bis zum Jugendstil. Im Sommer sei das Hotel zu 90 Prozent belegt. Und im Restaurant hätten „Spontangäste“ immer weniger eine Chance, da meist nur noch mit Reservierung Platz zu bekommen sei. Mit seiner Landwirtschaft „RainKost“ verfolgt Daubner einen nachhaltigen Ansatz, um das eigene und andere Restaurants mit Gemüse aus biologisch-dynamischem Anbau zu versorgen. Auf Flächen in Görlitz wachsen unter anderem Tomaten, Salate, Mangold, Karotten, Zucchini, Kürbisse und Sellerie. Rund 20 Partner werden inzwischen mit der Ernte beliefert. Sie zahlen Anteile und bekommen eine Woche vorher Bescheid, mit welchen Zutaten sie konkret

rechnen dürfen. Auch das „Wjelbik“ in Bautzen bezieht Ware von „RainKost“. Für den Anspruch, Gastronomie als Kultur zu verstehen und weder Fertigprodukte noch Tiefkühlkost zu verwenden, werden im „Wjelbik“ schon die angehenden Köche sensibilisiert. Derzeit verstärken vier Auszubildende das Team, davon drei in der Küche. „Wer nicht ausbildet, braucht sich nicht zu wundern, dass es kein Fachpersonal gibt“, sagt Monika Lukasz. **Bewerber fehlen** Qualifizierten Nachwuchselbst heranzubilden hatte auch für Christina Piche in Weißwasser stets hohe Priorität. Derzeit hat ihr Hotel „Kristall“ jedoch keine Auszubildenden. Es mangelt nicht nur an geeigneten, sondern überhaupt an Bewerbern. Die Dehoga gab im Juni an, dass bundesweit knapp 41.500 junge Menschen einen von sechs Auszubildungsberufen der Branche erlernen – etwa 10.000 weniger als noch 2019. Schichtdienst sowie Wochenend- und Feiertagsar-

beit mögen viele Jugendliche davon abschrecken, eine Zukunft im Gastgewerbe in Betracht zu ziehen. Seit mehr als 40 Jahren führt Christina Piche das Hotel, anfangs als Angestellte, seit 1993 als Eigentümerin. Viel Geld hat die 67-Jährige investiert, um den Plattenbau in ein modernes Vier-Sterne-Haus zu verwandeln. Gern würde sie jungen Leuten mehr Einblick in ihre Branche geben, gerade wenn diese absolut nicht wissen, welchen Beruf sie wählen sollen. Zwei Wochen Praktikum, wie es im Lehrplan der neunten Klasse vorgesehen ist, reichten dafür nicht, sagt sie und fände es hilfreich, wenn das Freiwillige Soziale Jahr auch im Gastgewerbe möglich wäre. Weißwasser, einst eine Hochburg der Glasindustrie, liegt nur bedingt im Fokus von Touristen, allerdings nicht weit entfernt von Fürst Pücklers Muskauer Landschaftspark, der seit 18 Jahren zum Unesco-Weltkulturerbe gehört. Auch der Park mit der berühmten Rakotzbrücke im Nachbarort

Kromlau zieht Besucher in Scharen an. Davon profitiert auch Piches Hotel, ganz besonders im Sommer. Dennoch führte die Corona-Krise auch hier zu Einschnitten. Aus personellen Gründen wurde im hauseigenen Restaurant ein zweiter Ruhetag eingeführt. Bei der Suche nach Mitarbeitern ist die Nähe zu Polen grundsätzlich von Vorteil. Gegenwärtig arbeiten sieben Mitarbeiterinnen aus dem Nachbarland im „Kristall“. „Wir müssen fleißig sein und uns bewegen, wenn wir am Markt mitmischen wollen“, berichtet Christina Piche. Indes: „Es wird immer schwieriger.“ Gäste seien anspruchsvoller geworden und kämen teilweise mit sehr hohen Erwartungen. Derweil weiß sie ihr Lebenswerk bereits in guten Händen. Sohn Daniel leitet das Hotel längst zusammen mit ihr, und sie ist froh, dass es in der Familie bleibt. **Anett Böttger** ■

Die Autorin ist freie Journalistin in Görlitz.



Monika Lukasz, die Wirtin des „Wjelbik“ in Bautzen, serviert stets in sorbischer Tracht. © Privat

FÜNF FRAGEN ZUM: PERSONALMANGEL



Guido Zeitler, Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrungsgenuss-Gaststätten (NGG)

»Ein Schnitzel für neun Euro ist heute nicht mehr machbar.«

Herr Zeitler, das Hotel- und Gaststättengewerbe beklagt derzeit – nicht zuletzt aufgrund der Corona-Pandemie – einen massiven Personalmangel. Was sind die Folgen für die Branche? Etliche Betriebe haben schon Zwangsruhetage eingelegt oder die Öffnungszeiten verkürzt, weil ihnen Personal fehlt. Denn im Zuge von Lockdown und Kurzarbeit haben viele Beschäftigte das Gastgewerbe verlassen.

Von welcher Größenordnung sprechen wir dabei? Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit haben allein im ersten Corona-Jahr 2020 insgesamt 275.000 Beschäftigten – das ist jeder sechste – das Hotel- und Gaststättengewerbe verlassen. Im Mai 2021 waren es immer noch 160.000 weniger als vor der Pandemie. Derzeit meldet die Bundesagentur für Arbeit mehr als 17.000 offene Stellen allein für die Hotellerie.

Was kann die Branche machen, um dem Problem

fehlender Mitarbeiter entgegenzusteuern? Es muss jetzt gelingen, abgewandertes Personal zurückzugewinnen. Ein entscheidendes Mittel dabei sind höhere Löhne und attraktivere Arbeitsbedingungen. Ein erster, wichtiger Schritt ist getan: In fast allen Tarifgebieten haben sich die Gewerkschaft NGG und der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband auf bisher nie dagewesene Lohnerhöhungen geeinigt. Der Einstiegstariflöhne liegen nahezu flächendeckend bei mehr als zwölf Euro pro Stunde – ein Plus von teils bis zu 30 Prozent. Entscheidend ist, dass sich die Betriebe auch an die tariflichen Standards halten.

Können sich die Betriebe im Gastgewerbe dem solche Steigerungen bei ihren Personalkosten überhaupt noch leisten? Für einige Unternehmen sind die gestiegenen Personalkosten natürlich eine Herausforderung. Anders sind aber keine Fachkräfte mehr zu bekommen. Wichtig ist, dass jetzt

auch die Gäste Verständnis zeigen und bereit sind, für ein ordentliches Essen und eine gute Bewirtung etwas mehr auszugeben. Ein Schnitzel für neun Euro ist heute nicht mehr machbar.

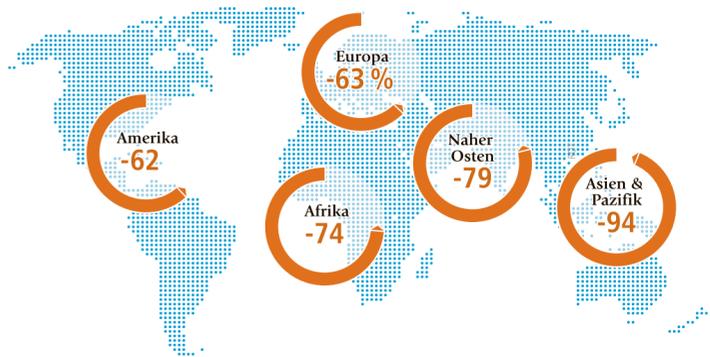
Das ist das Geld. Aber werden nicht auch viele potenzielle Mitarbeiter durch die Arbeitszeiten – abends, am Wochenende, gern mit Überstunden – abgeschreckt? Zu arbeiten, wenn andere Urlaub oder Freizeit haben, das war schon immer so im Gastgewerbe. Wegen des Personalmangels gibt es aber derzeit eine enorme Arbeitsverdichtung und Belastung durch Mehrarbeit. Deshalb liegt es an den Arbeitgebern, die Gesundheit ihrer Beschäftigten zu schützen. Denn nach wie vor gilt das Arbeitszeitgesetz mit seiner täglichen Höchstarbeitszeit. Es ist aber flexibel genug, um auch Wochenendarbeit und Arbeitspitzen im Sinne der Beschäftigten zu regeln.

Die Fragen stellte Helmut Stoltenberg

Tourismus international

Reisen in Coronazeiten

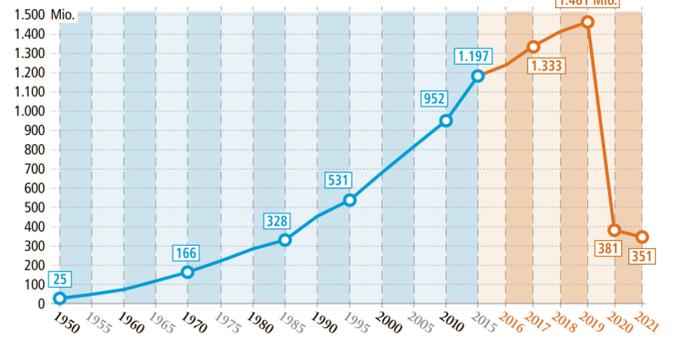
Seit dem Beginn der Pandemie hat der Tourismus stark abgenommen:
Abnahme der Ankünfte von internationalen Übernachtungsgästen nach Regionen von 2019 zu 2021 in Prozent



Quelle: UN Weltorganisation für Tourismus Grafikquelle: 015212 Globus (editiert) Stand Januar 2022 vorläufige Schätzung

Weltweites Touristenaufkommen

Anzahl der Reiseankünfte in Jahren 1950 bis 2021 in Millionen



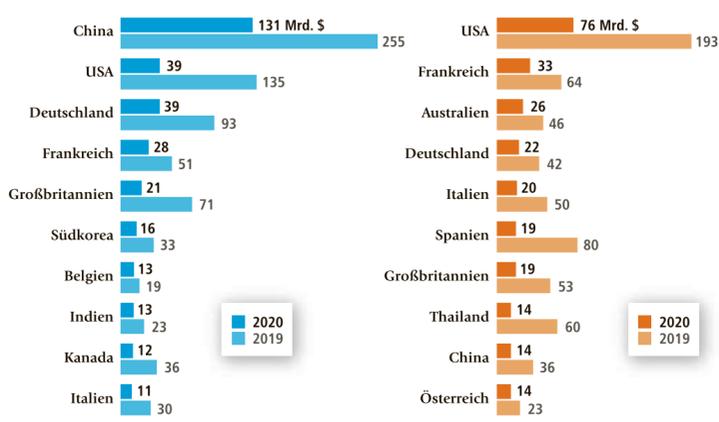
Quelle: UNWTO Grafikquelle: Statista 2022 (editiert)

Auf Reisen vor und mit Corona

Ausgaben und Einnahmen in 2019 und 2020 in Milliarden US-Dollar (jeweils Top 10)

Weltweite Ausgaben von Touristen im Ausland aus:

Einnahmen durch ausländische Touristen in:



Quelle: Weltorganisation für Tourismus Stand: September 2021 Grafikquelle: 014988 Globus (editiert) vorläufige Angaben

Verkehrswege im internationalen Tourismus

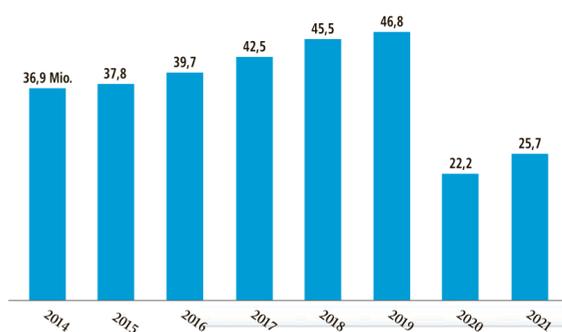
Entwicklung von 2009 bis 2019 mit Verteilung in Prozent



Quelle: UNWTO Grafikquelle: Statista 2022 (editiert)

Anzahl Flüge in der weltweiten Luftfahrt

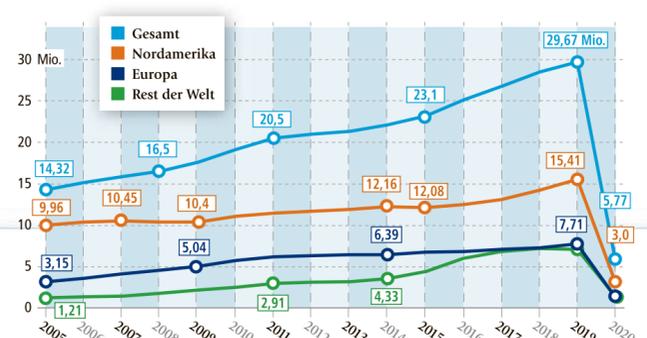
Entwicklung in den Jahren 2014 bis 2021 in Millionen



Quelle: Ascend (Ascend FlightGlobal) Grafikquelle: Statista 2022 (editiert)

Kreuzfahrtpassagiere weltweit nach Herkunftsregionen

Anzahl in den Jahren 2005 bis 2020 in Millionen

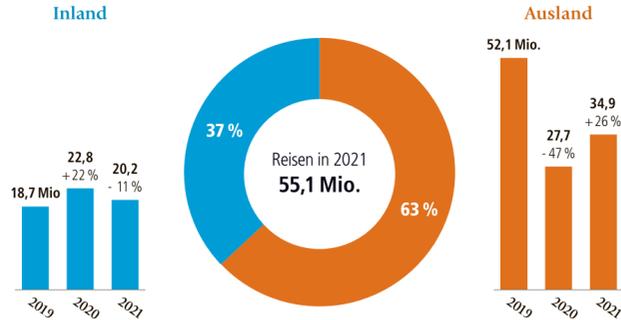


Quelle: Clix; Clix Europe Grafikquelle: Statista 2022 (editiert)

Inland und deutschlandweit

Entwicklung der deutschen Urlaubsreisen*

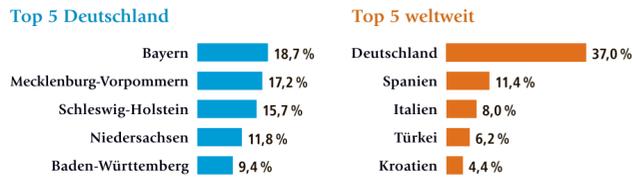
Reisen ins In- und Ausland 2019 bis 2021 in Millionen



*Urlaubsreisen (ab 5 Tage Dauer) der deutschsprachigen Wohnbevölkerung ab 14 Jahren
Quelle: Deutscher Tourismusverband (DTV), Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen e.V.; Reiseanalyse 2022

Wohin reist Deutschland?

Die beliebtesten Urlaubsreiseziele* der Deutschen im In- und Ausland 2021 (Anteile in Prozent)



*Urlaubsreisen (ab 5 Tage Dauer) der deutschsprachigen Wohnbevölkerung ab 14 Jahren
Quelle: Deutscher Tourismusverband (DTV), Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen e.V.; Reiseanalyse 2022

Anhaltende Rückgänge bei ausländischen Gästen

Bilanz 2019 bis 2021 in Beherbergungsbetrieben ab 10 Betten bzw. Stellplätzen

Übernachtungen in Millionen (mit Veränderungen zum Vorjahr)



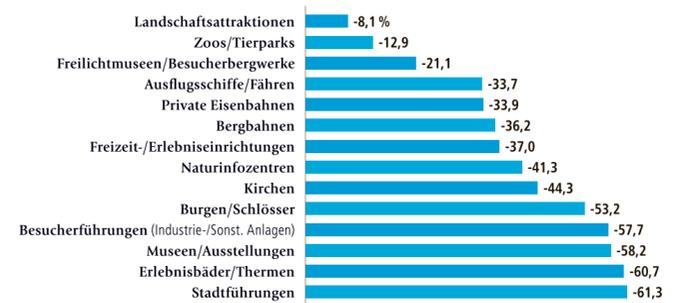
Gästeankünfte in Millionen (mit Veränderungen zum Vorjahr)



Quelle: Deutscher Tourismusverband (DTV), Statistisches Bundesamt (2022)

Freizeitwirtschaft: 44 Prozent weniger Besucher

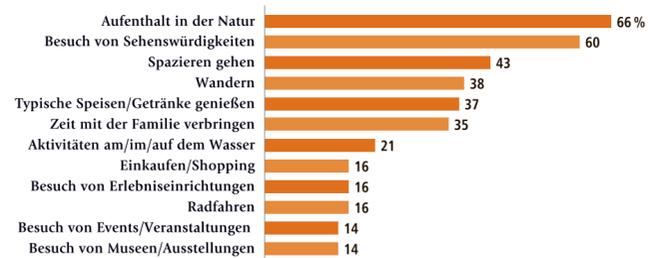
Rückgang der Besucherzahlen 2021 im Vergleich zu den Besucherzahlen 2019 in Prozent



Quelle: Deutscher Tourismusverband (DTV), dwif-Besuchermonitoring Freizeitwirtschaft 2021 und dwif-Corona-Kompass 2022, Schlüsselkennziffern für den Tourismus

Natur vor Kultur

Top-Aktivitäten* der Deutschen bei Urlaubsreisen im Inland 2021 in Prozent (mit Mehrfachnennung)



*Urlaubsreisen im Inland ab einer Übernachtung und 50 km vom Wohnort
Quelle: Deutscher Tourismusverband (DTV), GfK SE 2022 (Hsg.); GfK DestinationMonitor Deutschland 2021

Wirtschaftsfaktor Tourismus in Deutschland

Wirtschaftliche Kennzahlen für das Jahr 2019



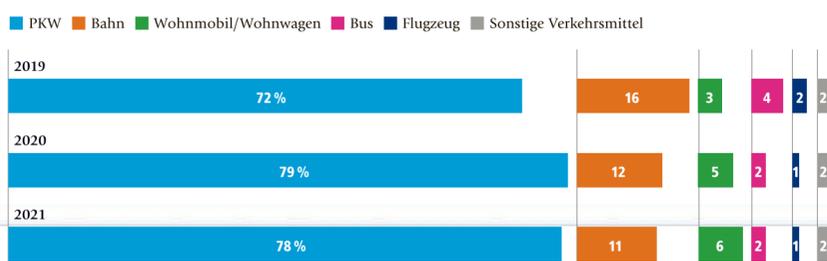
2,8 Mio. Erwerbstätige waren 2019 in Deutschland direkt im Tourismus beschäftigt. Das sind **6,1 %** der gesamten Erwerbstätigen im Inland. Hinzu kamen **1,3 Mio.** Personen, die indirekt für den Tourismus tätig waren. Damit hingen 2019 **4,1 Mio.** bzw. **9 %** der Erwerbstätigen vom Tourismus ab.

Der inländische Tourismus hat 2019 **123,8 Mrd. Euro** erwirtschaftet. Das entspricht **3,99 %** der Bruttowertschöpfung Deutschlands. Inklusive der indirekten touristischen Produktion erhöht sich die tourismusbedingte Bruttowertschöpfung auf **216,2 Mrd. Euro** bzw. **6,96 %**.

Quelle: Deutscher Tourismusverband (DTV), Statistisches Bundesamt (2021); Aktuelle Daten zur Tourismuswirtschaft, Wirtschaftliche Bedeutung und Nachhaltigkeit

Der Deutschlandurlauber reist mit dem Auto an

Hauptverkehrsmittel der Deutschen bei der Anreise für Urlaubsreisen* im Inland 2019 bis 2021 anteilig in Prozent



*Urlaubsreisen im Inland ab einer Übernachtung und 50 km vom Wohnort, rundungsbedingt kann die Summe der Einzelwerte von 100 % abweichen. Werte für Flugzeuge 2020 und 2021 unterliegen geringen Fallzahlen.

Quelle: Deutscher Tourismusverband (DTV), GfK SE 2022 (Hsg.); GfK DestinationMonitor Deutschland 2021

Das Ferienhaus im Norden Portugals ist ein Traum. Die schon vor längerer Zeit gebuchten Flüge sind recht günstig und der Mietwagen steht nach Ankunft am Flughafen von Porto bereit. Die Schulferien haben begonnen, die Vorfreude auf den Urlaub, auf die schönsten Wochen des Jahres, steigt. Doch mit ihr steigen auch die Sorgen. Die Situation an den deutschen Flughäfen ist unübersichtlich bis katastrophal. Es fehlt an Sicherheits- und Servicepersonal, was zu langen Warteschlangen und Stress vor dem Abflug führt. Immer öfter werden zudem Flüge gestrichen. Bei Billig-Fliegern wie Easyjet ebenso wie bei der Lufthansa. Deren Chef Carsten Spohr entschuldigte sich unlängst bei den Fluggästen für entstehende Unannehmlichkeiten. Besserung ist gleichwohl seiner Aussage nach nicht in Sicht: „In den nächsten Wochen mit weiter steigenden Passagierzahlen, ob Urlaub oder Geschäftsreisen, wird sich die Situation kurzfristig kaum verbessern“, so Spohr.

Personalmangel Die wiedererwachte – und auch von neuen Corona-Warnungen nicht zu bremsende – Reiselust der Deutschen trifft auf eine Branche, die noch immer in den Seilen hängt. Deutlich wird das an den Airports, wo Personalmangel und ein steigender Krankenstand dem reibungslosen Betriebsablauf im Wege stehen. In den operativen Bereichen, beim Check-In, Catering, bei Bodenverkehrsleistungen und der Luftsicherheit fehlen etwa 20 Prozent an Personal, sagt Stefan Schulte, Präsident des Flughafenverbandes ADV.

Für Marija Linnhoff vom Verband unabhängiger selbstständiger Reisebüros, der die Interessen von rund 7.000 Reisebüros in ganz Deutschland vertritt, ist das Problem aber teils auch hausgemacht. „Dass die Leute endlich wieder reisen wollen und die Buchungen anziehen, war seit Monaten klar und die Reisebeschränkungen sind in der Masse auch nicht erst vor zwei Wochen gefallen“, sagt sie und spricht von „strategischen Fehlplanungen“ innerhalb der Branche. „Die massenhafte Annullierung von Flügen bremsst die gerade aufkommende Reiselust und läuft den Anstrengungen der gesamten Branche entgegen, die Krise zu überwinden“, warnt Linnhoff. Sie fordert Entlastung bei den Luftsicherheitskontrollen. „Da muss die Bundesregierung helfen, beispielsweise mit der Bundespolizei und weiteren unterstützenden Maßnahmen etwa bei der Abfertigung“, verlangt sie.

Teure Mietwagen Hausgemacht, coronabedingt, dem Krieg in der Ukraine geschuldet – ein bisschen von allem führt zur problematischen Mietwagen-Situation. Gerade im Klein- und Kompaktwagenbereich sind Autos knapp und teuer. Das Vergleichsportale Check24 hat einen Preisanstieg von durchschnittlich 40 Prozent gegenüber dem Sommer vergangenen Jahres ermittelt. In Spanien sind den Angaben zufolge die Mietwagenpreise im Vergleich zum Vor-Corona-Jahr 2019 gar um 231 Prozent gestiegen – von 22 Euro auf 73 Euro pro Tag. Ein Grund dafür: Nachdem die Anbieter mangels Nachfrage in den vergangenen Jahren ihre Flotten verkleinert hatten, können sie diese nun angesichts auch kriegsbedingter Lieferengpässe in der Automobilindustrie nicht wie gewünscht ausbauen. All das bringt auch die Reiseveranstalter erneut in große Bedrängnis, nachdem sie schon in der Corona-Zeit enorme Einschnitte hätten hinnehmen müssen, wie Pascal Zahn, Vorstandsmitglied beim Deutschen Reiseverband (DRV), sagt. Da viele

Verheerende Bilanz

CORONA Vor allem Hotels und Gaststätten hat die Pandemie schwer zugesetzt. Die Wachstumsbranche musste ein Vollbremsung einlegen



Wie hier vor einem Café im Harz blieben viele Tische während der Lockdowns leer. Doch nach dem Ende der Corona-Einschränkungen kämpft das Gastgewerbe um seine Existenz. Überall fehlen nun Mitarbeiter, und wegen des Ukraine-Krieges sind die Lebensmittel- und Energiekosten massiv gestiegen.

© picture alliance/dpa/ZB/Matthias Bein

Reisen storniert wurden, hätten die Veranstalter Geld, das schon bei den Airlines und Hotels war, aus eigener Tasche innerhalb von 14 Tagen zurückerstatten müssen, sagt er. Insbesondere die Einschränkung des freien Reiseverkehrs und die Appelle der Bundesregierung, auf das Reisen zu verzichten, hätten die wirtschaftliche Tätigkeit der allermeisten Branchenunternehmen zum Erliegen gebracht. Ohne staatliche Hilfen, ohne die Regelungen zur Kurzarbeit wäre alles viel schlimmer gekommen, wären noch mehr Unternehmen in die Insolvenz gerutscht. Das bestätigt auch Reiseveranstalter Zahn – darüber herrscht grundsätzlich Einigkeit in der Branche.

Kritik gibt es dennoch. Etwa an der Deckelung der „Beihilfen“, die aus Sicht von Dirk Iserlohe, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Dorint GmbH, eigentlich „Entschädigungen“ hätten heißen müssen. Entschädigungen nämlich für gesetzlich verordnete Restriktionen wie das Beherbergungs- und Kontaktverbot. Während einer Expertenanhörung des Tourismusausschusses im Bundestag sagte Iserlohe: „Wir großen Mittelständler stehen vor dem Nichts.“ Es gebe eine Ungleichbehandlung zwischen Einzelhotellern und Hotelketten. Letztere hätten nur 45 Prozent Schadensersatz erhalten, im Gegensatz zu Einzelunternehmer, die 85 Prozent bekommen hätten.

Unterstützt wird seine Kritik von Christoph Schink von der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätte (NGG). Er kritisiert die verschiedenen Deckelungen der Höchstfördersummen für größere Unternehmen, deren Jahresumsätze in Normalzeiten im hohen zwei- bis dreistelligen Millionenbereich liegen. „Im Ergebnis waren hier gute Arbeits- und Ausbildungsplätze, mitbestimmt und tarifgebunden, in Gefahr“, sagt Schick. Die schrittweise Erhöhung der Höchstfördersummen sei dringend geboten gewesen. „Wir hätten uns allerdings die Verknüpfung mit einer Beschäftigungssicherung gewünscht“, fügt der Gewerkschafter hinzu.

Eine verheerende Coronabilanz zieht der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga). Von der „Vollbremsung einer Wachstumsbranche“ ist die Rede. Der nominale Umsatzverlust im Gastgewerbe in den Monaten März 2020 bis März 2022 lag nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und Berechnungen des Dehoga insgesamt bei 74,9 Milliarden Euro. Besonders hohe Umsatzverluste erlitten die Beherbergungsbetriebe und die „getränkegeprägte Gastronomie“ – also Kneipen und Bars. Den Hotels und Pensionen half da auch der Lockdown-bedingte Run auf „Urlaub in Deutschland“ nur wenig. Da ausländische Touristen wegblieben und kaum noch

Dienstreisen mit Übernachtungsaufenthalt stattfanden ging die Zahl der Übernachtungen von 495,6 Millionen im Jahr 2019, auf 302,3 Millionen im Jahr 2020 zurück. Dem folgte ein nur leichter Anstieg der Übernachtungszahlen auf 310,3 Millionen im Jahr 2021. Den krassen Einbruch gab es im April 2020, als infolge der Bundesnotbremse ein knapp 90-prozentiger Rückgang der Übernachtungszahlen im Vergleich zu 2019 zu verzeichnen war. In den Sommermonaten 2020 (minus 23 Prozent) und 2021 (minus 16 Prozent) war der Rückgang zwar geringer, wurde aber durch die erneuten Einbrüche um bis zu knapp 80 Prozent aufgrund neuer Corona-Einschränkungen in den kälteren Monaten mehr als wettgemacht.

Umsatzverluste Das Gaststättengewerbe erlitt laut Dehoga einen realen Umsatzverlust von 35,4 Prozent im Jahr 2020 und 38,2 Prozent im Jahr 2021. Mehr als neun Monate waren Restaurants und Cafés insgesamt geschlossen – Kneipen, Bars teilweise noch länger. Alle, die die letzten beiden Jahre wirtschaftlich überlebt haben, können nun wieder öffnen. Und sehen sich dennoch großen Herausforderungen gegenüber, wie Dehoga-Präsident Guido Zöllnick Ende Juni vor der Presse kundtat. Da sei zum einen der Krieg in der Ukraine, der die Unternehmen mit nie gekannten Kostensteigerungen konfrontiere. Die Energiepreise schnellen in ungekannte Höhen. Lebensmittel verteuern sich im Rekordtempo. Ganz oben bei den Forderungen Zöllnicks steht denn auch jene nach der Beibehaltung der Mehrwertsteuersenkung für Speisen auf sieben Prozent, die seit Juli 2020 gilt, aber Ende des Jahres ausläuft. „Mit der Entfristung werden die dringend benötigten Perspektiven geschaffen. Gleichzeitig wird damit die längst überfällige steuerliche Gleichbehandlung von Essen hergestellt“, erklärt Zöllnick. Ein weiterer dicker Hemmschuh für einen nachhaltigen Neustart der Branche – und hier schließt sich der Bogen zur Luftfahrtbranche – ist der gravierende Personalmangel. „Eine derart schwierige Mitarbeitersituation habe ich während meiner 30-jährigen Selbstständigkeit noch nie erlebt“, sagt Matthias Ganter, Geschäftsführer des Romantik Jugendstilhotels Bellevue in Traben-Trarbach an der Mosel. „Erstmals waren wir gezwungen, unser Angebot in bestimmten Bereichen zu reduzieren und sogar Betriebsteile vorübergehend zu schließen“, berichtet Ganter.

Weniger Azubis Ist die heutige Situation schon von Personalmangel gekennzeichnet, könnte das in der Zukunft umso mehr der Fall sein. Denn auch bei den Azubi-Zahlen gibt es dramatische Rückgänge. Aktuell absolvieren etwa 41.000 junge Menschen eine Lehre in der Branche; 2019 waren es noch gut 51.000. Der schon seit Jahren festzustellende Rückgang der Zahl an neuen Ausbildungsverträgen – von 29.238 im Jahr 2012 auf 22.516 im Jahr 2019 – verstärkte sich. 2020 wurden lediglich 17.079 neue Ausbildungsverträge geschlossen – 2021 waren es 17.364. Laut Hotel-Chef Ganter ist es inzwischen zwar gelungen, einige der verloren gegangenen Mitarbeiter zurückzugewinnen. Aber: „Ein erneuter Lockdown hätte auch hier desaströse Folgen.“ Dehoga-Präsident Zöllnick sieht das ähnlich: „Planbarkeit und verlässliche Perspektiven“ brauche die Branche, betont er. Beides wünschen sich auch die Reisenden. Damit aus den schönsten Wochen des Jahres nicht ein ungewollter Abenteuertrip wird. **Götz Hausding** ||

Ansturm auf die Küsten

SPANIEN Die Branche rechnet mit hohen Besucherzahlen in diesem Sommer



Spaniens Hotels freuen sich über Buchungen auf Vor-Pandemie-Niveau, Bars und Restaurants sind proppenvoll. „Vor allem die europäischen Touristen kommen massiv wieder“, sagt Jorge Marichal, Präsident des größten Hotelverbands CEHAT. Einzige die Preissteigerungen durch den Ukraine-Krieg trüben den Optimismus. Die Hotelpreise liegen teilweise 50 Prozent über dem üblichen Niveau. Dennoch: „Wir rechnen für dieses Jahr mit Besucherzahlen wie 2019“, berichtet Marichal. Damals meldete Spanien mit 83,7 Millionen Touristen zum siebten Mal in Folge einen Rekord.

Die für Spanien mit 13,2 Prozent der Wirtschaftsleistung so wichtige Tourismus-Branche hat sich erstaunlich schnell vom Pandemie-bedingten Einbruch erholt. Im Frühjahr 2020 lag das öffentliche Leben während des strengen Lockdowns fast sieben Wochen still. Die Hoffnung auf eine Rückkehr der Urlauber im Sommer machten neue Infektionswellen und Mobilitätsbeschränkungen zunichte. Um 82 Prozent gingen die Übernachtungen ausländischer Touristen zurück, der Sektor nahm 70 Prozent weniger ein. Spaniens Wirtschaftsleistung sank um 10,8 Prozent – weit mehr als in anderen EU-Staaten. Eine Erholung sei frühestens

für 2023 zu erwarten, prognostizierten damals Experten. Dass es nun doch schneller geht, liegt nicht nur an der neu entfachten Reiselust und der erfolgreichen Impfkampagne, die bereits 2021 zu einem Anstieg auf 31,1 Millionen ausländischer Besucher führte. Teils auf Druck der Tourismus-Lobby hatte Spaniens Linkskoalition das im Frühjahr 2020 aufgelegte Kurzarbeitsprogramm bis Ende März dieses Jahres verlängert. Hotelangestellte, Kellner, Flughafenpersonal konnten so schnell wieder an den Arbeitsplatz zurückgeholt werden. Auch wenn auf den Balearen gerade händelnd nach Fachkräften gesucht wird, ist der Personalmangel in Spanien weniger dramatisch als in anderen Ländern.

Millionenschwere Direkthilfen Mit Hilfspaketen von insgesamt über 719,8 Millionen Euro hat die Regierung die Branche gestützt. Der Löwenanteil, 565 Millionen Euro, wurde nicht als Direkthilfen ausgezahlt, sondern in Form von Krediten – für Digitalisierung und nachhaltigen Umbau der Infrastruktur. Der Rest floss, teils finanziert über den EU-Strukturfonds, an die autonomen Regionen, in Programme, die den Tourismus jenseits von „Sonne und Strand“ stärken sollten. Die Diversifizierung des touristischen Portfolios war erklärtes Ziel. Tatsächlich erlebte der Inlandtourismus im Sommer 2021 einen Boom. Nicht nur

Unterkünfte im beliebten grünen Norden, waren laut Dachverband ASETUR zwischen 90 und 100 Prozent ausgelastet. Auch im Landesinneren kletterten die Buchungszahlen auf fast 90 Prozent – teils dank der „Bonos Turísticos“, der Gutscheine, mit denen die Regionalregierungen die Binnennachfrage ankurbelten. Noch ist nicht abzusehen, ob aus der Sehnsucht nach Natur und ländlicher Ruhe ein Trend wird. Im Juni sanken die Zahlen wieder leicht. Von den Digitalisierungsprogrammen verspricht sich vor allem der ländliche Tourismus eine Professionalisierung. Derzeit arbeiten laut ASETUR nur 15 Prozent der „casas rurales“ mit Online-Buchungs- und Verwaltungssystemen, angestrebt sind 70 Prozent. Doch bei der Destinationsförderung habe die Verwaltung eine Chance vertan. „Das Geld floss überwiegend an Weltkulturerbestädte oder bekannte Ziele wie den Jakobsweg“, kritisiert José Manuel Ruiz de Marcos vom ASETUR-Vorstand. Der Jakobsweg etwa wurde mit mehr als 46 Millionen Euro für den nachhaltigen Ausbau bedacht. „Sonne und Strand werden immer Spaniens großes Kapital bleiben“, meint Ruiz de Marcos. „Aber es täte dem ganzen Land gut, die Besucherströme besser zu verteilen.“ **Julia Macher** ||

Die Autorin ist freie Korrespondentin in Barcelona.

Zurückhaltung bei den Europäern

INDONESIEN Das südostasiatische Land ist weit entfernt vom Vor-Corona-Niveau



Seit zwei Monaten sitzt Made Arditia wieder im Leihwagen seines Cousins an der Jalan Danau Tambora und wartet auf Kundschaft. Die meisten Läden und Cafés entlang der Hauptstraße im balinesischen Strandort Sanur sind geöffnet, Touristen sind jedoch nur vereinzelt zu sehen. Hier und da hängt ein „Zu-Verkaufen“-Schild am Zaun. „Es ist noch nicht so viel los wie früher, aber immerhin sind wieder Gäste da“, sagt der Chauffeur und Touristenführer. „Vor allem der einheimische Tourismus hat stark zugenommen. Aber auch viele Australier kommen jetzt wieder nach Bali.“ Fast zwei Jahre lang hatte die indonesische Regierung aufgrund der Corona-Pandemie die Grenzen weitestgehend geschlossen. Laut Statistikamt sind 2021 offiziell lediglich 51 ausländische Touristen eingereist. Nach einer kurzen Teilöffnung im vergangenen Oktober wurde wegen der Omega-Welle noch vor den Weihnachtstagen ein neuer Lockdown verordnet. Aufgrund der Corona-Beschränkungen durften Nicht-Indonesier nur einreisen, wenn sie eine gültige Aufenthaltsgenehmigung hatten oder ein Geschäftsvisum beantragten. Dazu kamen lange Quarantäne-Zeiten, die man in vorgeschriebenen Hotels absitzen musste.

Für die Insel Bali, auf der rund zwei Drittel der Bevölkerung vom Tourismus leben, ein harter Schlag. Für Made Arditia und seine Frau, die vor Corona im Spa eines Hotels gearbeitet hatte, bedeutete dies den Wegfall des kompletten Einkommens. Sie wohnen im eigenen Haus, aber um Lebensmittel und das Schuldgeld für ihre beiden Kinder zu bezahlen, mussten sie Hilfe von Verwandten erbitten und zwei Mopeds verkaufen, die sie zuvor an Touristen vermietet hatten. Hilfe von der Regierung gab es alle acht Wochen in Form von Lebensmittelpaketen – und durch eine Steuerbefreiung. „Aber was hätten wir ohne Verdienst auch zahlen sollen?“, fragt der 59-Jährige.

Schrittweise Öffnung Seit März hat die Regierung in Jakarta die Grenzen des Landes schrittweise geöffnet. Seit Juni dürfen Staatsbürger von 72 Ländern wieder mit einem Besuchervisum einreisen, das bei Ankunft ausgestellt wird. Die Quarantänepflicht fällt weg, für Geimpfte ist kein PCR-Test mehr notwendig. Tourismusminister Sandiaga Uno kündigte an, dass er in diesem Jahr mit 3,6 Millionen Besuchern aus Übersee rechnet. Zum Vergleich: Im Vor-Corona-Jahr 2019 reisten allein nach Bali rund 6,3 Millionen Touristen. Um das Interesse erneut anzukurbeln, plant der unternehmerisch erfahrene Minister ein „Workation“-Visum für digitale Nomaden, mit dem man bis zu fünf Jahre

steuerfrei von Indonesien aus arbeiten können soll. Auch will er einen stärkeren Fokus auf ökologischen Tourismus und spirituelle Retreats legen, um Gäste anzulocken, die länger bleiben wollen und bereit sind, mehr Geld auszugeben. Während sich die Küstenorte auf Bali sowie die vorgelagerten Gili-Inseln allmählich wieder mit Surfern, Tauchern, Yogis und Party-Willigen füllen, bleibt es im Hinterland und auf der Nachbarinsel Lombok noch weitgehend ruhig. „Immerhin schreiben wir nach fast einem Jahr Pause keine roten Zahlen mehr“, sagt Sakinah Christine Nauderer, die seit 25 Jahren in Lomboks Touristenzentrum Senggigi ein Restaurant betreibt. Seit kurzem hat das „Asmara“ wieder geöffnet, wenn auch mit einer kleineren Karte und deutlich weniger Personal als zuvor. Große Sorgen bereiten der 63-jährigen Gastronomin allerdings die steigenden Energie- und Transportkosten infolge des Ukrainekriegs. „Unsere Gäste kamen bisher vor allem aus Europa. Aber die Flüge sind momentan sehr teuer, noch dazu werden viele gecancelled, das schreckt ab“, sagt Nauderer. „Es wird noch eine ganze Weile dauern, bis sich der Tourismus hier erholt hat. Wir hoffen auf die nächste Saison.“ **Christina Schott** ||

Die Autorin berichtet seit 2002 aus Indonesien und anderen südostasiatischen Staaten.

Idyll in Gefahr

DEUTSCHLAND Ob Oberbayern oder Ostsee – in den heimischen Urlaubsregionen werden Besucherströme zunehmend zur Belastungsprobe für Mensch und Natur



Berge, Wälder, kristallklares Wasser - doch oft leidet die Natur unter zu viel Tourismus. Am Königssee (oben) im Nationalpark Berchtesgaden sperrten Behörden nach dem Ansturm von Besuchern den Bereich um den Königsbach-Wasserfall, damit sich Tiere und Pflanzen erholen können. © picture alliance/Shotshop/Juergen Priewe

Ein Whirlpool, erschaffen von der Natur. Durchspült von glasklarem Wasser, in einzigartiger Lage auf einem Felsüberhang. Im Rücken der Wasserfall des Königsbachs, nach vorne raus der Königssee, der mal türkis-, mal grüngrauschimmernd in der Tiefe liegt. Die einzigen, denen der Zutritt zu diesem faszinierenden Ort derzeit gestattet ist, sind die Ranger des Nationalparks Berchtesgaden. Von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang patrouillieren sie in diesem Gebiet, weisen Touristen ab, die sich nähern. Seit vergangener Sommer sind Wasserfall und Gumppe, wie die Einheimischen den Naturpool nennen, Sperrgebiet.

zungen.“ Rund 1,6 Millionen naturhungrige Besucher zieht der knapp 21.000 Hektar große Nationalpark rund um Königssee und Watzmann alljährlich an. Das zeigte bereits eine Erhebung der Universität Würzburg aus dem Jahr 2018. In den letzten Jahren habe der Andrang gefühlt noch einmal stark zugenommen, so Carolin Scheiter. Zahlen, die das belegen, gibt es zwar nicht, weil der Park nach allen Seiten offen und jederzeit frei zugänglich sei. Doch ein paar Indikatoren, wie die Aus- und Überlastung von Parkplätzen, sprechen eine deutliche Sprache. Mehr noch als die schiere Masse der Besucher stellt eine neue Art von Erlebnistourismus die Nationalparkverwaltung vor Herausforderungen. „Es gibt immer mehr Leute, die sich zu jeder Tages- und Nachtzeit auch abseits des Wegenetzes durch den Park bewegen und dabei in sensible Lebensbereiche der Tiere vordringen“, so Park-Sprecherin Scheiter. Selbst im Winter kommen die Tiere, deren Lebensraum mit der Gründung des Nationalparks bereits seit 1978 unter Schutz gestellt wurde, nicht zur Ruhe. Skitourengänger, mit Stirnlampen ausgerüstet, reklamieren das besondere Erlebnis in „unberührter“ Natur für sich. Corona-Einschränkungen und das Bedürfnis, Abenteuerlust angesichts unerreichbarer Fernziele in der heimischen Natur zu befriedigen, haben den Trend noch verstärkt. Das Gebot der Stunde heißt nun Besucherlenkung: Mit neuen Angeboten versuchen die Nationalpark-Verantwortlichen den Erlebnishunger der Touristen mit den Bedürfnissen der Natur in Einklang zu bringen. Das ganze Jahr hindurch gibt es geführte Wanderungen und Bildungsangebote. Mehr Ranger und mehr Infomaterial sollen Touristen für einen nachhaltigen Umgang mit dem alpinen Biosphärenreservat sensibilisieren. Das allein genüge aber nicht, betont Scheiter. Nationalparkmitarbeiter seien auch auf anderen Kanälen aktiv. „Heute lassen sich die Leute nicht einfach mittels ausgelegter Wanderkarten lenken. Viele schauen sich auf digitalen Tourenportalen um, die zum Verlassen ausgeschilderter Wege animieren. Über Gefahren und Folgen dieses ungebremsten Abenteu-

erismus müssen wir genau auf diesen Portalen informieren.“ Aus einer anderen Perspektive erleben die Bewohner etlicher oberbayerischer Gemeinden die ständig steigende Lust der Städter an mehr oder weniger aktiver Auszeit in alpiner Natur. Wallgau, eine 1.500-Einwohner-Gemeinde ein paar Kilometer östlich von Garmisch-Partenkirchen, machte im Sommer 2020 mit einer Blockade der mitten durch den Ort führenden B11 von sich reden. Stofstange an Stofstange schob sich die Blechschlange des Wochenendausflugsverkehrs über Stunden durch das Dorf, das sich seinen bäuerlichen Charme bislang bewahren konnte. „Von einer Straßenseite auf die andere zu kommen, war fast nicht möglich“, sagt Bürgermeister Bastian Eiter. Seit einigen Wochen sorgt der neu eröffnete Straßentunnel Oberau für Entlastung. „Der Tunnel hat viel für die Entzerrung der Verkehrssituation in unserem Landkreis gebracht“, betont Eiter. Allerdings sei das wohl nur eine kleine Verschnaufpause für Wallgau. „Das Stadtgebiet München wächst pro Jahr um 40.000 Einwohner. Es ist abzusehen, was da auf uns zurollt, vor allem an Schönwetterwochenenden, wenn alle in die Berge wollen.“ Fahrverbote und eine Verknappung der Parkplätze an den beliebtesten oberbayerischen Ausflugszielen wären kontraproduktiv, ist Eiter überzeugt. Den ÖPNV auszubauen und preislich unschlagbar attraktiv zu machen, sei der einzig richtige Weg. „Beispielsweise indem die Reichweite des

für das Münchener Stadtgebiet geplanten 365-Euro-Jahres-Ticket auf den gesamten Ballungsraum ausgeweitet wird.“

Wilde Camper Die neue Lust auf „Natur pur“ schlägt sich indes nicht nur am bilderbuchschönen Südrand der Republik nieder. „Immer öfter treffen unsere Ranger wilde Camper an“, sagt Carola Schmidt vom Harzer Tourismusverband. „Der Wunsch nach einem individualistischen Naturerlebnis ist verständlich, aber in einem dicht besiedelten Land wie Deutschland nur bedingt umsetzbar.“ Das größte Problem seien Lagerfeuer und damit einhergehend Waldbrände in dem seit Jahren unter Dürre leidenden Harz. Abgesehen vom ungezügelten Camp-Tourismus abseits der Wertschöpfungskette freut man sich beim Tourismusverband in Goslar jedoch über das auch schon vor Corona gestiegene Interesse am Harz. Rund 40 Millionen Übernachtungen pro Jahr verzeichnet die Statistik. „Overtourism“ erlebe das Mittelgebirge nur an wenigen Tagen im Jahr und auch nur punktuell, sagt Schmidt. „An schneereichen Wochenenden im Februar, wenn die Massen zum Rodeln zum Torfhaus strömen, ist die Infrastruktur überlastet, die Parkplatzsituation mehr als angespannt.“ Gleichzeitig gebe es an solchen Tagen andernorts im Harz oft noch Kapazi-

täten und ebenfalls gute Schneebedingungen. „Die Touristenströme besser zu lenken – daran arbeiten wir noch.“

Volle Strände, verstopfte Straßen – auf der zweitgrößten Ostseeinsel Usedom sprengt der Sommer-Tourismus die Kapazitätsgrenzen. Allerdings nur in den berühmten Seebädern. „Um das Interesse der Urlauber auf weniger bekannte Orte der Insel zu lenken, haben wir die Social-Media-Kampagne #Usedomneuentdecken initiiert“, so Karina Schulz von der Usedom Tourismus GmbH. Usedomfans und touristische Partner waren aufgerufen, unter dem Hashtag ihre Lieblingsplätze auf der Insel zu teilen. Dass Tourismusverbände auf Social-Media-Kanälen verantwortungsvoll mitspielen, sei eine wichtige Stellenschraube bei der umweltverträglichen Regulierung des Tourismus, sagt Martina von Münchenhausen von der Umweltorganisation WWF. Es gelte, mit vielfältigen Angeboten den bei vielen verpönten „geführten Tourismus“ attraktiv zu machen. Gut gemachte Apps könnten dabei einen wichtigen Beitrag leisten. „Damit können die Leute individuell und abseits ausgetrampelter Pfade unterwegs sein. Aber so, dass sie weder sich selbst noch besonders sensible Natur gefährden.“

»Die Touristenströme besser zu lenken – daran arbeiten wir noch.«
Carola Schmidt, Harzer Tourismusverband

Die Autorin ist freie Reisejournalistin.

Selfiejäger Die Vorgeschichte: Spektakuläre Bilder, die Influencerinnen und Influencer in waghalsigen Posen am Rande dieses „Natural Infinity Pools“ zeigen, hatten vor allem in den Coronasommern 2020 und 2021 einen regelrechten Hype um Wasserfall und Gumppe ausgelöst – und einen massenhaften Ansturm von Selfiejägern. Nach einem lebensgefährlichen Unfall, zwei Badetoten und angesichts einer durch Trampelpfade und Vermüllung stark lädierten Natur, sahen sich die Behörden zum Handeln gezwungen. „Den Ort zu sperren, passt eigentlich nicht zur Philosophie eines Nationalparks ohne Wegegebot, zum Konzept von Natur, in der sich jeder frei bewegen darf“, sagt Nationalparksprecherin Carolin Scheiter. „Aber durch die jüngsten Entwicklungen sahen wir uns dazu ge-



Selten so ruhig: In den Seebädern der Ostseeinsel Usedom wird es schnell eng.

»Die Deutschen kehren zu alten Mustern zurück«

INTERVIEW Nachhaltiges Reisen braucht mehr politische Steuerung, meint Tourismus-Experte Wolfgang Strasdas

Herr Strasdas, nach dem coronabedingten Tourismuseinbruch hofften viele Experten auf einen ökologischen Neustart der Branche.

Tatsächlich zeigen Studien, dass die Pandemie das Nachhaltigkeitsbewusstsein erhöht hat. Teile des Lebensstils, die bislang als unverzichtbar galten, wurden erstmalig wirklich in Frage gestellt.

dennoch: Dass die Deutschen vermehrt Urlaub im eigenen Land gemacht und dabei dessen Reize entdeckt haben, könnte den Anteil der Inlandsreisen auch längerfristig erhöhen. Bislang entfielen darauf nur gut ein Viertel der Urlaubsreisen ab fünf Tagen.

An- und Abreise machen bis zu 90 Prozent des Klimafußabdrucks aus. Heißt das in der Konsequenz: Wer nachhaltig reisen will, darf nicht fliegen?

Die Wahl des Verkehrsmittels macht einen großen Unterschied. Dennoch gilt es je nach Reiseziel zu differenzieren: Innerhalb von Deutschland ist ein Flug tatsächlich unnötig, auch auf vielen Mittelstrecken kann man ohne Probleme vom Flugzeug auf die Bahn umsteigen. Das Hochgeschwindigkeitsnetz in Europa ist groß; innerhalb eines Tages kommt man von Berlin zum Beispiel nach Marseille, nach Mittelengland oder bis nach Stockholm. Auf der Fernstrecke allerdings ist das Flugzeug alternativlos. Solche Reisen sollte man daher weniger oft, dafür mit längerem Aufenthalt planen. Auch durch Direktflüge und die bewusste Wahl der Fluggesellschaft lassen sich Treibhausgas-Emissionen verringern. Der Airline-Index von atmosfair etwa vergleicht die größten Fluggesellschaften hinsichtlich ihrer Klimaeffizienz.

Wie viel bringt es, zusätzlich zum Flugpreis Geld zu spenden, um entstandene Emissionen auszugleichen?

Wenn sich Flugreisen nicht vermeiden lassen, ist eine Kompensation durchaus sinnvoll. Der Anbieter sollte jedoch Klimaschutzprojekte umsetzen, die mit dem „Gold Standard“ zertifiziert sind. Leider kompensieren bislang nur wenige Verbraucher ihre Reiseemissionen freiwillig.



Wolfgang Strasdas, Professor für nachhaltigen Tourismus, Hochschule Eberswalde

Wäre es sinnvoller, wenn Reiseveranstalter Kompensationen einpreisen?

Es gibt nur wenige Unternehmen, die dies bereits freiwillig tun. Die großen Reiseveranstalter gehören nicht dazu.

Bräuchte es mehr politischen Druck?

Ja, und noch effektiver würden höhere CO2-Preise wirken, die fossile Brennstoffe verteuern und Anreize zur Emissionsminderung im Flugverkehr setzen. Bislang sind ehrgeizige Klimaschutzmaßnahmen auf globaler Ebene am Widerstand der Luftverkehrswirtschaft gescheitert. Aber gut möglich, dass die steigenden Energiekosten infolge des Ukrainekriegs wie ein Katalysator wirken und den Wandel beschleunigen.

Zum Schluss: Machen bei der Beherbergung Öko-Labels einen Unterschied?

Wer nachhaltig reisen will, sollte nach Hotels Ausschau halten, die sparsam mit Wasser und Energie umgehen. Dabei können Siegel helfen. Leider gibt es davon eine unübersichtliche Vielzahl. Wir brauchen daher ein glaubwürdiges staatliches Tourismus-Siegel als Dachmarke, das wie das Bio-Siegel im Lebensmittelbereich den Menschen die Orientierung erleichtert.

Die Fragen stellte Sandra Schmid.

Anzeige

Erstes deutschsprachiges Handbuch zur Flucht- und Flüchtlingsforschung



Flucht- und Flüchtlingsforschung

Handbuch für Wissenschaft und Studium
Herausgegeben von Dr. Marcel Berlinghoff, Prof. Dr. Birgit Glorius, Dr. J. Olaf Kleist und Dr. Tabea Scharrer
2022, ca. 800 S., geb., ca. 98,- €
ISBN 978-3-8487-7785-3
E-Book 978-3-7489-2190-5
(NomosHandbuch)
Erscheint ca. September 2022

Das Handbuch zur Flucht- und Flüchtlingsforschung gibt einen kritisch-reflektierten Überblick über das Forschungsfeld. Es werden historische und (trans-)disziplinäre Zugänge sowie Kernbegriffe des Feldes diskutiert und Akteure, politische Handlungsmuster sowie verschiedene Weltregionen vorgestellt.



Portofreie Buch-Bestellungen unter nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Unzuverlässiger Bahnverkehr, endlose Staus auf Autobahnen, Chaos an Flughäfen – die Urlaubszeit wird wieder zur Nervenprobe für viele Touristen.

Nach zwei Corona-Jahren ist die Reise lust enorm, die Verkehrsinfrastruktur kann den Ansturm zeitweise kaum noch verkraften. Auch auf der oft überlasteten Schiene herrscht zu häufig abscheulicher Ausnahmezustand. Nun rächen sich Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit.

Das ist tragisch, denn die Bahn ist das umweltfreundlichste Massenverkehrsmittel, das wir haben. Und jeder Experte weiß: Ohne einen leistungsfähigeren Schienenverkehr ist die Wende zu mehr nachhaltiger Mobilität nicht zu schaffen. Dabei beweist der Andrang wegen des Neun-Euro-Tickets, dass die Bahn gern genutzt wird, wenn Angebote attraktiv und unkompliziert sind. Bei längeren Urlaubsreisen ist der Zug allerdings nur selten eine Option. Nur fünf bis sechs Prozent der Deutschen nutzen die Bahn, um an den Ferienort zu kommen, wie Studien zeigen. Die meisten fahren mit dem Auto oder steigen in den Flieger. Dabei können Zugreisen bei Zielen im Inland und in Nachbarländern eine entspannte, preiswerte und umweltschonende Alternative sein – wenn alles klappert.

Infrastruktur vernachlässigt Doch die Negativrekorde bei Verspätungen, Zugausfällen und Baustellen bis hin zu abgesperrten Bahnsteigen und zwangsgeräumten Bahnen wegen Überfüllung zeigen leider, dass die Schiene den gewaltigen Herausforderungen der Verkehrswende bisher nicht gewachsen ist. Zu lange haben wechselnde Bundesregierungen, Verkehrsminister und die zuständige Deutsche Bahn AG die Infrastruktur sträflich vernachlässigt.

Denn nur mit leistungsfähigen Gleisnetzen, Bahnhöfen, Steuerungs- und Sicherheitssystemen ist ein zuverlässiger Bahnbetrieb möglich. Allein der Reparaturstau bei den bundeseigenen Schienenanlagen jedoch hat sich auf mehr als 50 Milliarden summiert, für die überfällige Digitalisierung werden Kosten von mindestens 32 Milliarden Euro veranschlagt und für neue ICE-Strecken und andere Ausbauten im Bundesverkehrswegeplan mehr als 100 Milliarden Euro. Beschlossen und finanziert ist nur ein Bruchteil davon. So müssen sich Bahnkunden auf noch größere Probleme einstellen. „Noch nie warten so viele Züge auf dem deutschen Netz unterwegs, noch nie aber gab es auch so viele Baustellen“, beschreibt Richard Lutz, Vorstandschef des DB-Konzerns, die lange absehbare Klemme zwischen wachsender Nachfrage und enormem Modernisierungsbedarf. Die zentrale Aufgabe in den kommenden Jahren sei nun die Sanierung des störanfälligen Schienennetzes, so die späte Erkenntnis.

Task Force Zunächst sollen bis 2024 die wichtigsten Korridore erneuert und zum „Hochleistungsnetz“ werden, verspricht der Chef des größten deutschen Staatskonzerns. Auch die Ampelkoalition will aus den Fehlern der Vorgängerregierungen lernen. Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) nimmt die DB an die kurze Leine. Eine Task Force in seinem Haus soll den Riesenkonzern mit seinen 337.000 Mitarbeitern besser steuern und kontrollieren, damit die Interessen des Bundes als Eigentümer und der Bürger an funktionierendem Bahnverkehr gemäß der Verfassung künftig besser gewahrt werden.

Ab 2024 soll dazu die Infrastruktur von einer gemeinnützigen Infrastrukturgesellschaft verwaltet werden. Zudem soll eine „Beschleunigungskommission Schiene“ Modernisierung und Ausbau voranbringen

Neue Weichenstellung

MOBILITÄT Wie Zugreisen eine goldene Zukunft haben könnten



Die Bahn steht vor gewaltigen Herausforderungen. Meistert sie die, könnte sie als umweltschonendes Verkehrsmittel eine strahlende Zukunft haben.

© picture-alliance/Daniel Kubirski

und eine neue Stabstelle im Ministerium des Deutschland-Takt, mit dem ab 2030 viele Städte und Regionen wieder häufigere und regelmäßige Zugverbindungen bekommen sollen. Die Zeitspannen zeigen: Es wird noch viele Jahre dauern, bis der Schienenverkehr so aufgestellt ist, dass die von den Regierung angestrebte Verdoppelung der Fahrgastzahlen möglich ist. Dabei sind die Potenziale der Bahn gerade im Tourismus riesig, werden aber bisher „nicht annähernd genutzt“, wie Joos Hahn vom Reisebüro Gleisnost in Freiburg kritisiert, das auf Bahnreisen spezialisiert ist. Der Praktiker kennt die Defizite aus Erfahrung,

zum Beispiel den abschreckenden Tarif- und Verbindungsdschungel im grenzüberschreitenden Verkehr: „Sobald die Reise über eine Landesgrenze geht, beginnt die Kleinstaaterei“. Es fehle an Abstimmung, Tickets auf anderen Ländern seien bei nationalen Bahnen kaum erhältlich. Umso unverständlicher ist es für Hahn, dass der DB-Konzern seit Jahren Reisebüros benachteiligt, die Bahntickets an klimabewusste Kunden verkaufen: „Hier wird einfach eine seit Jahren laufende Strategie durchgezogen, den personenbedienten Verkauf abzuwürgen.“ Ab nächstem Jahr sollen viele Agenturen überhaupt keine

Umsatzprovision mehr bekommen, die Hälfte der früher 3.200 Reisebüros mit DB-Lizenz hat nach zahlreichen Kürzungen den Ticketverkauf bereits aufgegeben. Einen „ganz guten Job“ bescheinigt Hahn dem DB-Konzern und seinem ICE-Verkehr auf ausgebauten Rennstrecken im Inland wie Berlin-München und Frankfurt-Köln, wo dank kürzerer Fahrzeiten inzwischen viele Reisende vom Flieger auf den Zug umgestiegen sind. Allerdings seien gleichzeitig wichtige Langstreckenverbindungen systematisch abgeschafft worden: „Hier wurde viel versäumt und kaputtgemacht.“ Das habe in der Peinlichkeit gegipfelt, dass

der DB-Konzern sein komplettes Nachtzuggeschäft aufgegeben und es Österreichs Staatsbahn ÖBB überlassen habe. Wie groß das Interesse an Nachtzügen ist, zeigt für Hahn die ÖBB-Verbindung von München nach Rom, die meist schon kurz nach Buchungsstart ausverkauft sei, und das sechs Monate vor Abfahrt. Er vermisst mehr Angebote, zum Beispiel von Süddeutschland nach Kopenhagen, Prag oder Warschau: „Von alleine kommen die Bahngesellschaften hier nicht in die Gänge. Die Politik müsste gezielt Anreize schaffen, wenn es ihr wirklich ernst ist mit klimafreundlichen Reisen.“

Die DB-Konzern lehnt eine Wiederaufnahme des eigenen Nachtzugverkehrs weiterhin ab, will aber mit Partnern „in den nächsten Jahren gemeinsam auf der Schiene 13 europäische Millionenmetropolen über Nacht verknüpfen“, wie eine Sprecherin erklärt. So arbeite man aktuell an neuen Nachtverbindungen zwischen Berlin und Paris und zwischen Berlin und Brüssel, die 2024 starten sollen.

„Die entscheidenden Effekte für die Mobilitätswende erreichen wir im Tagesverkehr“, betont der Staatskonzern. So biete ein einziger ICE, der zwischen Frankfurt/Main und Brüssel zweimal am Tag hin und her fahre, bei den vier Fahrten 1.800 Plätze, der einmalige Nachtzug dagegen nur 250. Mit den neuen ICE 4, die in der XXL-Version 918 Fahrgäste befördern können, stünden in der DB-Fernzugflotte im Sommerfahrplan drei Millionen Sitzplätze pro Woche bereit, so viel wie nie zuvor.

Schnelle Auslandsverbindungen Sehr gefragt sind dabei nach DB-Angaben die schnellen ICE-Direktverbindungen ins Ausland, zum Beispiel nach Paris, Amsterdam, in die Schweiz und nach Österreich. Besonders in Frankreich, Benelux, Spanien, Italien und Skandinavien kommen Reisende mit schnellen Highspeed-Zügen nationaler Bahnen in wichtige Metropolen, der Eurostar fährt zudem durch den Kanaltunnel auf die britische Insel. Und mit den beliebten Interrail-Tickets können selbst Senioren zum günstigen Pauschalpreis fast ganz Europa auf der Schiene erkunden.

Wer dennoch auf Flüge nicht verzichten möchte, kann die Bahn wenigstens zur An- und Abreise am Airport nutzen. Allein der DB-Konzern kooperiert mit über 50 Airlines. Mit Rail & Fly lassen sich Züge zum Airport von 5.600 Bahnhöfen buchen und so die kurzen und deshalb besonders klimaschädlichen Zubringerflüge einsparen. Beim Deutschen Reiseverband sieht man vor allem die Politik in der Pflicht, im grenzüberschreitenden Bahnverkehr die Transportsysteme besser zu verknüpfen und buchbar zu machen. Hier müssten Bund und EU „schneller vorankommen, damit die Bahn eine gute Alternative für die Urlaubsreise werden kann“, betont Sprecherin Kerstin Heinen. Für mehr Transparenz und einheitliche Buchungen könnte die nationale Tourismusstrategie Impulse setzen, hofft der Verband.

Mehr Tempo Die Allianz pro Schiene fordert ein Umsteuern in der Verkehrspolitik. „Wer den Tourismus nachhaltiger machen will, darf Bahnkunden nicht länger schröpfen“, sagt Geschäftsführer Dirk Flege. So sei grenzüberschreitender Flugverkehr von der Mehrwertsteuer befreit, der Zugverkehr nicht: „Umweltpolitisch ein Ünding. Gleichbehandlung wäre das Mindeste, besser wäre eine Umkehrung.“ Auch Flugbenzin werde in Deutschland und Europa nicht besteuert, während Deutschland auf Bahnstrom die höchste Steuer in der EU kassiere. Anders als beim Straßenverkehr zwingt die EU zudem die Mitgliedsstaaten, im Bahnverkehr Maut zu verlangen: „Eine Ausnahme gab es nur in der Corona-Krise. Diese Ausnahme sollte für Nachtzüge dauerhaft verlängert werden.“ Massive Benachteiligung sieht Flege zudem bei der Infrastruktur, denn grenzüberschreitende Fernverkehrsflüge sind auf Oberleitungen angewiesen. Doch von 57 Grenzübergängen seien bisher nur 27 elektrifiziert. Gabe es mehr Oberleitungen, würden sich durchgehende Zugverbindungen eher rechnen, so Flege. Insbesondere nach Polen und Tschechien sei für ICE und Nachtzüge „an fast allen Grenzübergängen der Eisenerne Vorhang noch existent.“

Der Verfasser ist freier Autor in Berlin.

Von wegen »gute Reise!«

URLAUBSZEIT An den Flughäfen herrscht Chaos. Woran liegt's?

Stundenlange Wartezeiten bei Check-in und Sicherheitskontrolle, verpasste oder komplett gestrichene Flüge. Chaos an den Flughäfen zur Hauptreisezeit, die Krise scheint hausgemacht. Während der Corona-Pandemie hat die Luftverkehrsbranche über zwei Jahre massiv Personal abgebaut. Und obwohl Airlines und Flughäfen, die von der Bundesregierung mit Beihilfen in Milliardenhöhe gestützt wurden, bereits seit Monaten einen gewaltigen Neustart prophezeit hatten, haben sie es versäumt, die Lücken zu schließen. Stattdessen schienen die Akteure wieder besseres Wissen völlig überrascht, als die Buchungszahlen tatsächlich wieder in die Höhe schneit. Laut dem Flughafenverband ADV ist jede fünfte Stelle unbesetzt.

Kritik vom Arbeitsminister Man habe mit massiven Wirtschaftshilfen und dem Instrument der Kurzarbeit versucht, Fachkräfte an Bord zu halten um nach der Pandemie durchstarten zu können, kritisiert Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD). Dennoch sei in einigen Bereichen Personal entlassen oder Kurzarbeitergeld nicht aufgestockt worden, so dass die Betroffenen aufgrund des Einkommensverlustes gezwungen waren, in andere Branchen abzuwandern. „Es wäre Aufgabe der Unternehmen gewesen, da rechtzeitig Vorsorge zu treffen,

was nicht in ausreichendem Maße gelungen ist.“ Besonders ausgewirkt hat sich die Tatsache, dass Airports und Airlines aus Kostengründen einen Großteil der Passagier-, Gepäck- und Flugzeugabfertigung und auch die Bundespolizei die Sicherheitskontrollen an private Dienstleister ausgelagert haben. Der Arbeitgeberverband der Bodenabfertigungsdienstleister im Luftverkehr (ABL) bemängelt, dass seine Mitglieder frühzeitig auf ein durch Personalabbau drohendes Chaos verwiesen haben, bei den staatlichen Corona-Beihilfen aber unberücksichtigt geblieben sind.



Flugreisen sind derzeit ein Geduldsspiel.

Der Versuch, den Fachkräftemangel befristet durch die schnelle Erteilung von Aufenthalt- und Arbeitslaubnissen für einige tausend ausländischer Mitarbeiter auszugleichen, kommt wegen der strengen Sicherheitsüberprüfungen für die Ferienzeit zu spät. Der Wunsch der Branche, die Hilfskräfte als Leiharbeiter zu beschäftigen, wurde abgelehnt. Die Firmen müssen die Mitarbeiter direkt beschäftigen, nach Tarif bezahlen und menschenwürdig unterbringen, so Minister Heil. Für die Rückgewinnung deutscher Fachkräfte forderte er „anständige Arbeitsbedingungen und Löhne“. Lagen die im Sommerflugplan geplanten Flüge bereits bei 85 Prozent des Vor-Corona-Niveaus, sind die Airlines jetzt kurzfristig dazu übergegangen, das Angebot trotz ungebrochener Nachfrage aufgrund des Personalmangels wieder zu reduzieren. So strich allein die Lufthansa-Gruppe mehr als 5000 Flüge. Weitere Starts wurden teilweise erst nach dem Check-in der Passagiere abgesagt. Angesichts oft zögerlicher Rückerstattung der Ticketpreise und Zahlung von Entschädigungen drohte Verbraucherschutzministerin Steffi Lemke den Airlines mit einem Verbot der üblichen Vorkasse bei Flugbuchungen.

Rainer W. During

Der Autor ist freier Journalist in Berlin.

Fliegen bleibt für viele alternativlos

NACHHALTIGKEIT Wie die Luftverkehrsbranche bis 2050 klimaneutral werden will

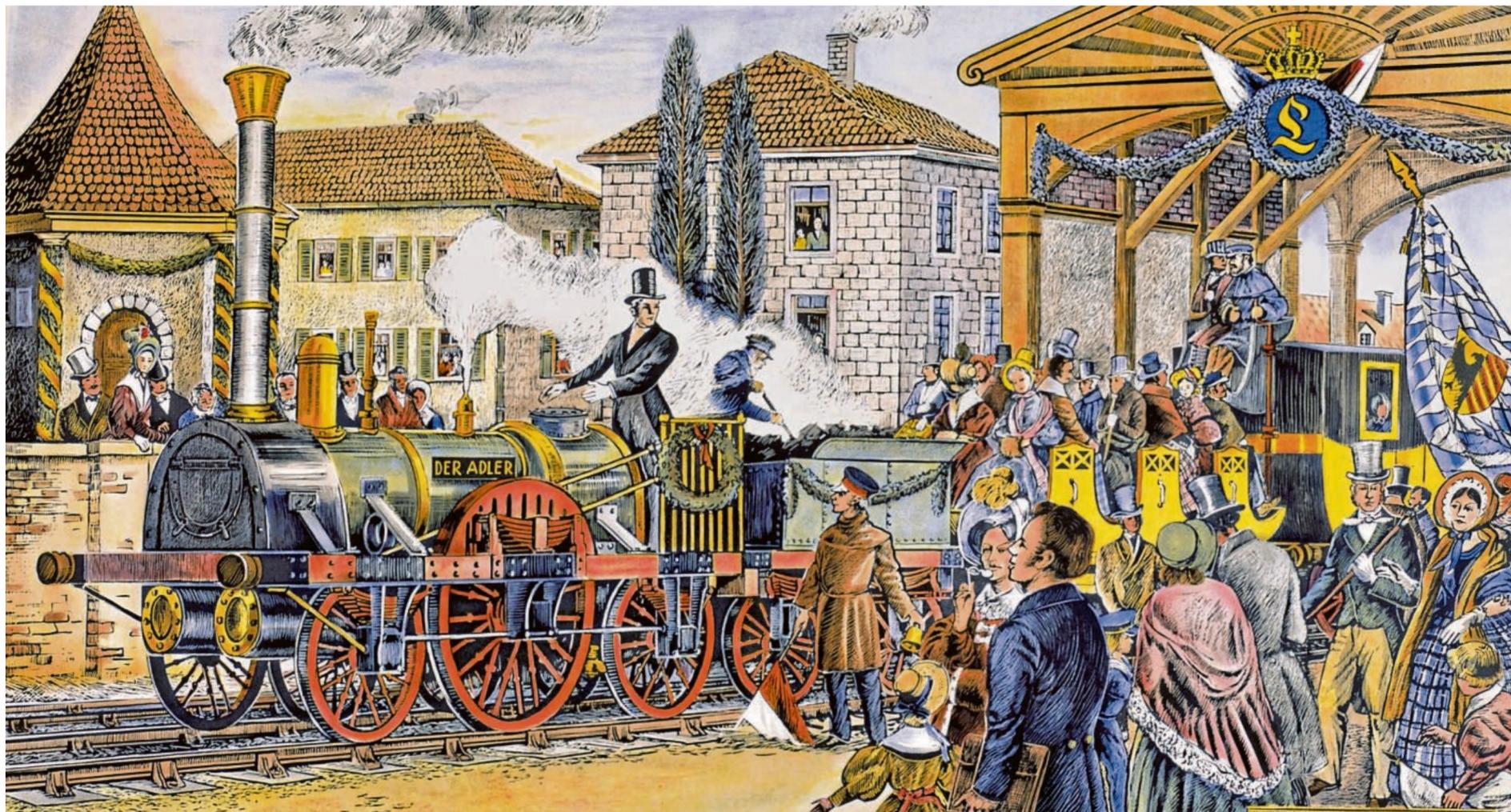
Die Corona-Pandemie hat den weltweiten Luftverkehr weitgehend zum Erliegen gebracht. Man könnte das angesichts der Klimadebatte für einen zwar erzwungenen, aber richtigen Schritt in die richtige Richtung halten. Tatsächlich zeigt sich gegenwärtig aber: Die Nachfrage nach Urlaubs- und auch Geschäftsreisen ist wieder groß. Überall dort, wo die Bahn mehr als drei Stunden braucht, erweist sich das Flugzeug als konkurrenzlos. Klimaneutralität muss auf anderen Wegen erreicht werden. Tatsächlich arbeitet die Luftverkehrsbranche auf Hochtouren daran. Das ehrgeizige Ziel: 2050 klimaneutral sein. Die Luftfahrtbranche gilt in Deutschland als Schlüsselindustrie. Mit 330.000 direkt und 354.000 indirekt Beschäftigten ist sie von immenser wirtschaftlicher Bedeutung. „Too big to fail“. In der Coronakrise wurde die zum Beispiel Lufthansa deshalb staatlicherseits mit Milliarden unterstützt. Im grenzüberschreitenden Verkehr gilt die Bahn bisher nicht als Alternative zum Flugzeug. Laut der Gesellschaft für Konsumforschung benutzen 40 Prozent aller Deutschen für Auslandsreisen das Flugzeug, übertroffen wird es – auf kürzeren Strecken – lediglich vom Pkw (46 Prozent). Den Zug nutzen nur fünf Prozent. Auch 40 Prozent der Deutschland-Besucher reisen nach Angaben der Tourismus-Zentrale mit dem

Flugzeug an, bei Gästen aus dem nichteuropäischen Ausland sind es sogar 98 Prozent. Der Incoming-Anteil der Bahn beträgt sieben Prozent. Auch im innerdeutschen Verkehr kann die Bahn dem Flugzeug auf längeren Strecken bisher keine Konkurrenz machen. Im letzten Vor-Pandemie-Jahr 2019 flogen 23,9 Millionen Passagiere zwischen deutschen Flughäfen, rund ein Drittel davon zum Umstieg auf Auslandsflüge an den großen Drehkreuzen. Auf der Langstrecke ist das Flugzeug absolut konkurrenzlos. Um der Nachfrage nach mehr Direktverbindungen auch auf weniger frequentierten Routen zu entsprechen, bringen die Hersteller gerade Versionen bewährter, kleinerer Mittelstreckenjets mit interkontinentaler Reichweite auf den Markt. Weil hier die klassischen Strahltriebwerke auf absehbare Zeit ohne Alternative sind, setzt man auf umweltfreundlichere Triebwerke wie die WET-Engine von MTU und den UltraFan von Rolls-Royce. Beide können ausschließlich mit nachhaltigem Kraftstoff (Sustainable Aviation Fuel/SAF) betrieben werden.

Methoden zu dessen Produktion in ausreichenden Mengen und zu vertretbaren Preisen gehören zu den künftigen Schwerpunkten des Luftfahrtforschungsprogramms und der Verwendung der Einnahmen aus der Luftverkehrsabgabe. Auf der Mittelstrecke ist Wasserstoff wegen der noch zu lösenden technischen Probleme eher eine

Auf Kurzstrecken werden bald die ersten E-Flugzeuge zum Einsatz kommen.

mittelfristige Alternative zum SAF. Airbus nutzt einen A380 als Erprobungsträger für ein emissionsfreies Wasserstoff-Verkehrsflugzeug, das 2035 in Betrieb gehen könnte. Auf geringer frequentierten Kurzstrecken werden dagegen schon bald die ersten emissionsfreien Elektroflugzeuge zum Einsatz kommen, deren Größe und Reichweite aufgrund der bisher verfügbaren Batterietechnologie noch begrenzt ist. Die Landsberger Firma Scylax arbeitet an einem Regionalflugzeug für neun Passagiere mit Elektroantrieb und 500 Kilometern Reichweite. Und in Strausberg entwickelt Apus einen Zwillingszylinder, dessen vier Propeller-Elektromotoren ihrem Strom aus mit Wasserstoff betriebenen Brennstoffzellen beziehen. du-ll



Schneller, günstiger, bequemer: Mit der Industrialisierung und der Erfindung der Eisenbahn wurde das Reisen revolutioniert und für mehr Menschen möglich gemacht. 1835 gab es in Deutschland zwischen Nürnberg und Fürth die erste reguläre Strecke im Personenverkehr, ein wichtiger Schritt für den Tourismus als Massenbewegung. © picture-alliance/akg-images

Auf den Spuren des Reisens

GESCHICHTE Durch Industrialisierung und wachsenden Wohlstand wurde Tourismus zum Massenphänomen

Es ist das Jahr 1873. Knapp 70 Jahre sind seit der Erfindung der Eisenbahn vergangen, das Bürgertum in Europa ist im Aufwind und „alle Welt reist“. So zumindest beschreibt es Theodor Fontane in seinem Werk zum modernen Reisen. Tatsächlich konnten sich gerade einmal rund zehn Prozent der Bevölkerung eine Reise leisten. Der bezahlte Urlaub lag noch in weiter Ferne. Erst 1963 wurde in Deutschland das Bundesurlaubsgesetz verabschiedet, das 24 Werktagen Erholungsurlaub pro Jahr vorsieht. Zu Lebzeiten Fontanes blieb das Reisen den finanziell Privilegierteren vorbehalten. Der Tourismus steckte damals noch in den Kinderschuhen. „Gereist wurde schon immer. Sogar Ötzi ist gereist“, sagt Christian Bunnenberg. Der Historiker forscht unter anderem zur Geschichte des Tourismus. Anders als heute diente das Reisen dabei jedoch einem übergeordneten Zweck. Händler, Gelehrte, Pilger oder Soldaten beispielsweise nahmen die beschwerliche und oftmals gefährliche Reise auf sich, um von einem Ort zum anderen zu gelangen.

»Die störenden Touristen, das sind immer die anderen.«

Christian Bunnenberg, Historiker

an der Küste lebten, mieden den Strand. Durch die Strömung der Romantik änderte sich dieses Empfinden. Die ersten Seebäder entstanden im England bereits 1730, der Badeurlaub kam in Mode.

Reisen wird planbar Noch reisten nur wenige Menschen. „Ins zweite Drittel des 19. Jahrhunderts fallen die Erfindungen, die dem Tourismus zum Durchbruch verhelfen sollten: Die Eisenbahn, die Pauschal- beziehungsweise Gesellschaftsreise und der Baedeker“, schreibt der Historiker und Tourismusforscher Hasso Spode in seinem Buch „Wie die Deutschen Reiseweltmeister wurden“.

Mobilität spielt für die Tourismusentwicklung bis heute eine wichtige Rolle. Durch die Industrialisierung und Entwicklung dampftriebener Maschinen veränderte sich das Reisen grundlegend. Vor allem durch die Eisenbahn wurde es laut Bunnenberg „planbarer, bequemer und günstiger“. 1830 nahm die erste Strecke des regulären Personenverkehrs ihren Betrieb zwischen Manchester und Liverpool auf. In Deutschland sollte dies noch fünf Jahre dauern. Als erste Verbindung gilt dort die Fahrt zwischen Nürnberg und Fürth. Für die Menschen war die Erfindung der Eisenbahn mit großer Zeitersparnis verbunden. Brauchte ein Reisender zuvor ungefähr eine Woche für die Strecke von Köln nach Berlin, konnte er diese Entfernung nun in 14 Stunden zurücklegen, schreibt Spode. Auch die Beschwerlichkeiten und Gefahren des Reisens verschwanden langsam. Damit Reisende sich vor und während der Reise informieren konnten, gab der Engländer John Murray ab 1836 seine kleinen roten Reiseführer heraus. In Deutschland erschien das farbleiche Pendant von Karl Baedeker und löste die individuellen Reiseberichte ab. Im Baedeker markierten kleine Sternchen Sehenswertes in der Umgebung. Besonders bei Touristen mit engem Zeitbudget fanden die Bücher reißenden Absatz. „Zur Zeit der Reichsgründung machte die geographische und Reiseführerliteratur rund ein Viertel der deutschen Buchproduktion aus“, schreibt Spode.

Pauschal-tourismus Hin- und Rückfahrt vom englischen Leicester in das zwölf Meilen entfernte Loughborough mit Musik, Tee und Gebäck – mit diesem Angebot legte der gelernte Tischler und Baptist Thomas Cook am 5. Juli 1841 den Grundstein für die Pauschalreise. Erst nur auf den britischen Inseln tätig, expandierte Cook bald mit seinem Unternehmen und bot Reisen in die ganze Welt an. Das Besondere daran: Vom Transportmittel, über Unterkunft bis hin zu Programm und Verpflegung war alles inbegriffen. Cooks Angebote galten dabei als finanziell erschwinglich. Je mehr Menschen reisten, desto lauter wurde auch die Kritik an Touristen, die in fremde Länder vordrangen und sich häufig nicht zu benehmen wussten. Dabei wurden diese Vorwürfe nicht nur von Einheimischen geäußert, sondern oftmals von anderen Reisenden. Auch dieses Phänomen gehört laut Bunnenberg zur Entwicklung des Tourismus: „Die störenden Touristen, das sind immer die anderen.“ Im Deutschen Reich erhielten Reichsbeamte ab 1873 erstmals bezahlten Urlaub. Angelehnt an den Landaufenthalt des Adels zog es die Menschen bei der sogenannten Sommerfrische raus in die Natur, um sich von den alltäglichen Strapazen der Stadt zu erholen. Für Arbeiter war an Urlaub allerdings nicht zu denken. Wie Spode in einem Beitrag für „Aus Politik und Zeitgeschichte“ schreibt, erhielten bis 1910 nur rund zehn Prozent von ihnen bezahlten Urlaub – etwa drei Tage im Jahr.

Die beiden Weltkriege markieren als „disruptive Ereignisse“ laut Bunnenberg klare Brüche in der Geschichte des Tourismus. Zwar sorgte die nationalsozialistische Organisation „Kraft durch Freude“ in Deutschland dafür, dass die Pauschalreise in den 1930er Jahren boomte, doch dienten diese Reise hauptsächlich als nationalsozialistische Propaganda.

Freies und zweckfreies Reisen ging in den westdeutschen Ländern Mitte der 1950er Jahre wieder los. Der wirtschaftliche Aufschwung der Bundesrepublik machte es möglich. Besonders beliebt war die Reise mit dem Auto, anfangs vor allem innerhalb des eigenen Landes, später nach Italien. Entferntere europäische Reiseziele wie Spanien zu besuchen, wurde für eine breitere Masse durch den Flugpauschaltourismus möglich. Bis in die 1960er Jahre war die

Flugreise ein Privileg der oberen Zehntausend. Der Briten Vladimir Raitz kam als erster auf die Idee, statt einzelner Plätze ein ganzes Flugzeug zu chartern, um so günstigere Preise anzubieten. Das Konzept ging auf, Reisen wurde zum Massenphänomen. 1970 waren in West- und Ostdeutschland erstmals mehr als 50 Prozent der Menschen im Urlaub, schreibt Spode.

Nächster Halt Weltraum Und wo geht die Reise hin? Das Wettrennen um die touristische Erschließung des Weltalls hat bereits begonnen. Zwar flogen bisher nur wenige Menschen aus reinem Vergnügen in den Orbit, „doch an der ersten Weltreise nahmen auch weniger als zehn Personen teil“, sagt Bunnenberg. Ob der Weltraumtourismus tatsächlich der nächste Schritt in der Geschichte des Reisens sein wird, vermag er nicht zu sagen. Drängender für die Zukunft des Tourismus sei die Frage, inwieweit zweckfreies Reisen mit einer Klimakrise zu vereinbaren sei. Denise Schwarz

In 80 Fotos um die Welt

SOZIALE MEDIEN Wie Instagram und Co. das Reisen verändern

Lässig steht die Frau auf dem kleinen Pfad, der sich durch die rote Felsformation schlängelt. Ihr Blick geht nach oben, folgt den Wänden bis hoch zum Himmel. Eine Hand ruht auf dem kalten Gestein. Weit und breit ist keine Menschenseele zu sehen. Ein Bild wie dieses findet sich zuhauf in den sozialen Medien. Ein ähnlicher Bildausschnitt, dieselbe Pose. Mit mehr als 653.000 Einträgen ist der Antelope Canyon im amerikanischen Arizona eine echte Berühmtheit in den sozialen Medien. Ob Destinationen, Unterkünfte oder (angebliche) Geheimtipps vor Ort: Die sozialen Medien sind für viele essentieller Bestandteil der Urlaubsplanung. Laut einer Studie des Verbands Internet Reisevertrieb e.V. verwendet knapp ein Drittel der Nutzer soziale Plattformen wie Instagram, um sich Anregungen für den Urlaub zu holen. Zu Beginn der Reiseplanung könnten ansprechende Fotos auf sozialen Plattformen dazu dienen, dass Menschen auf einen Ort oder eine Unterkunft aufmerksam werden, sagt André Gebel. Er ist seit vielen Jahren als Berater im Tourismusmarketing aktiv. Besonders in den vergangenen Jahren seien die auf Bilder ausgelegten sozialen Medien immer wichtiger für die Branche geworden, schließlich ließen sich „Botschaften dort schnell, breit und kostengünstig verteilen“. Hotels würden mit malerischen Fotomotiven oder extravagantem Poollandschaften werben. Auch Städte, wie beispielsweise Frankfurt am Main, weisen auf ihrer Webseite die beliebtesten Fotospots der Stadt aus.

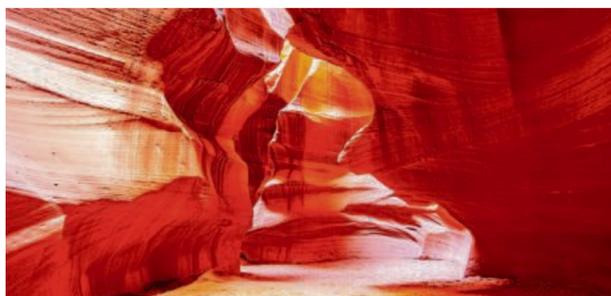
Instagram-Tourismus Ob und wie die eigene Urlaubserfahrung auf den sozialen Medien inszeniert werden kann, spiele teilweise eine größere Rolle für den Urlaub als der Ort selbst, sagt Wolfgang M. Schmitt. Der Buchautor hat sich intensiv mit den

Mechanismen der sozialen Medien befasst und dabei auch den sogenannten Instagram-Tourismus untersucht. Damit ist nicht gemeint, dass Menschen durch soziale Plattformen an den Reisen anderer teilhaben, sondern auch, dass sie diese Reisen nachahmen und selbst auf Instagram und Co. inszenieren. Eine Schlüsselrolle spielen dabei sogenannte Influencer und Reiseblogger. Von Hotels oder Destinationen engagiert, reisen sie zu den schönsten Orten der Welt und ziehen andere Besucher an. Eine Strategie, die auch autoritäre Staaten wie die Vereinigten Arabischen Emirate nutzen. Influencer dürfen dort allerdings nur arbeiten, wenn sie sich per Lizenz verpflichten, nicht kritisch über das Land zu berichten. Im Gegensatz zum Reisejournalismus, der sich auch kritisch mit Orten auseinandersetzt, gehe es auf Instagram oftmals eher um das Darstellen der idyllischen Welt, der individuellen Erfahrung, sagt Schmitt. Auf Fotos entstehe der Eindruck, dass sich eine Reise ganz individuell im Einklang mit der

Natur gestalten lässt. Gleichzeitig werden die Bilder von Millionen Menschen konsumiert. „Es entsteht eine ganz neue Form des Pauschal-tourismus“, sagt Schmitt. Während sich Hotels laut Gebel über die wachsenden Besucherzahlen freuen dürften, sei der Hype durch Social Media für andere Destinationen ein „zweischneidiges Schwert“. Zwar sei Tourismus aus wirtschaftlicher Sicht ein wichtiger Faktor für Regionen, auf der anderen Seite könne zu viel Tourismus Menschen und Natur schnell überfordern. Dies gelte besonders für entlegene Orte, die durch Social Media plötzlich einer breiteren Masse bekannt werden. So auch die Felsformation „The Wave“ nahe des Antelope Canyon. Durch ihre geschwungene Form und den gestreiften Sandstein entsteht der Eindruck einer Welle mitten in der Wüste. Doch weil die Menge an Touristen zu viel für die Natur wurde, hat der Bundesstaat Utah den Zugang beschränkt. Eine Lotterie wählt täglich maximal 64 Gewinner aus, die das Naturschauspiel bestaunen können. des



Karl Baedeker hat mit seinen Reiseführern den Tourismus mitgeprägt.



Beliebtes Ziel für Instagram-Tourismus: Der Antelope Canyon © picture alliance/Zoonar/Vichie81

Hilfe, die Touristen kommen

STÄDTEREISEN Hohe Preise, Lärm und Müll: Tourismus muss für vieles erhalten, was in Metropolen schlecht läuft. Doch nicht immer ist er auch Schuld daran

Durch die schmalen Gassen Barcelonas schlendern, am Markusplatz in Venedig einen Espresso trinken oder in Berlin durch die Clubs von Friedrichshain ziehen. Europas Metropolen sind beliebt bei Touristen aus aller Welt. Sie bringen den Städten Geld, schaffen Arbeitsplätze. Doch nicht jeder Bewohner freut sich über die wachsenden Besucherzahlen.

Denn Tourismus verändert Städte. Wo an der Strandpromenade in Barcelona vor Jahren noch einfache Fischerrestaurants standen, locken heute teure Strandcafés. Ganze Stadtviertel wurden „touristifiziert“. So nennt sich die Entwicklung „wenn ein Stadtquartier oder ein Straßenzug in zunehmenden Maße und vor allem durch Tourismus geprägt ist“, sagt Tim Freytag. Er ist Humangeograph an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und führte 2019 eine Projektstudie zum Tourismus in Barcelona durch.

Was „Touristifizierung“ für die Bewohner bedeutet, haben Freytag und sein Team erforscht. In den beliebten Stadtvierteln wie La Barceloneta und El Born klagten viele über Lärm in der Nachbarschaft, hohe Preise oder die wachsende Anonymität in Wohnhäusern durch die Vermietung von Ferienwohnungen.

Nimmt die Touristifizierung überhand und lockt immer mehr Touristen in ein Gebiet, kann dies dazu führen, dass sich Anwohner massiv gestört fühlen. Slogans wie „tourists go home“ in den Straßen Barcelonas zeugen von diesem Unmut. Es kommt zum „Overtourism“ – also dem „Zuviel“ an Tourismus, den ein bestimmter Ort zu einer bestimmten Zeit aufnehmen kann. Ob dieser Zustand erreicht sei, ließe sich laut Freytag quantitativ kaum messen, da es dabei vor allem um subjektive Empfindungen gehe: „Während Anwohner zum Beispiel finden, dass die Grenze des Ertragbaren erreicht ist, könnten sich Gastronomen und Hotelbesitzer am selben Ort noch mehr Tourismus wünschen.“

Neuer Städtetourismus Dass Touristen immer weiter in Wohnviertel vordringen, ist ein Trend, der sich laut Freytag seit etwa 10 bis 20 Jahren verstärkt zeigt. Immer mehr Besucher würden nicht mehr nur die klassischen Attraktionen sehen, sondern auch am Leben in den Stadtquartieren teilhaben wollen. „New Urban Tourism“

»Airbnb trägt nur zum ohnehin angespannten Wohnungsmarkt bei.«

Tim Freytag, Humangeograph

nennt die Wissenschaft das. In Deutschland lässt es sich besonders in Berlin beobachten. Nach London und Paris zählte Berlin gemessen an den Hotelübernachtungen 2018 zu den meistbesuchten Städten in Europa. Besucher interessieren sich nicht mehr nur für touristische Orte wie das Brandenburger Tor oder Checkpoint Charlie, sondern auch für die Szenebezirke. Eine Belastung für die Anwohner. Laut der Tourismus-Akzeptanzumfrage, die Visit Berlin, zuständig für das Tourismusmarketing der Stadt, jedes Jahr durchführt, fühlen sich zwar nur 15 Prozent der Befragten durch Tourismus gestört, dieses Empfinden beziehe sich aber neben

dem touristischen Mitte (61 Prozent) vor allem auf das ebenfalls hoch frequentierte Kreuzberg (30 Prozent) sowie Friedrichshain (27 Prozent). Dass Touristen jedoch alleine verantwortlich sind für überfüllte Plätze, Lärm und Müll ist ein Trugschluss. Eine Wochenendumfrage von Visit Berlin an beliebten Plätzen wie der Warschauer Brücke oder der Kreuzberger Admiralsbrücke ergab laut Geschäftsführer Burkhard Kieker, dass die

meisten Menschen dort Berliner und keine Touristen waren.

Stadtentwicklung Tourismus ist für viele Städte ein zweischneidiges Schwert. Zum einen profitieren sie und ihre Bewohner finanziell von den Gästen aus aller Welt. So machte 2019 der Tourismus 6,6 Prozent der Gesamtwirtschaftsleistung Berlins aus und beschäftigte beinahe 228.000 Menschen. Auf der anderen Seite müssen Städte aktiv gegensteuern, um Overtourism zu vermeiden. Die europäischen Tourismusmetropolen fahren dabei unterschiedliche Strategien. So hat beispielsweise Amsterdam entschieden, jährlich nur noch 20 Millionen touristische Übernachtungen zu erlauben. Auch Venedig, das besonders unter Tagestouristen und Kreuzfahrtpassagieren leidet, hat sich für Einschränkungen entschieden: Tagestouristen sollen ab 2023 Eintritt zahlen. Kreuzfahrtschiffe dürfen das historische Zentrum schon seit 2021 nicht mehr passieren. Freytag jedoch hält solche Begrenzungsstrategien für problematisch, da sie die Frage aufwerfen, wer dann noch reisen dürfe und zu einem „hochpreisigen Tourismus“ führen könnten.

„Tourismus ist eine Aufgabe der Stadtentwicklung“, sagt Christoph Sommer. Nur so könnten die Bedürfnisse von Bewohnern, Wirtschaft und Besuchern vereint werden.

Sommer, Teil der Forschungsgruppe zum „New Urban Tourism“ der Humboldt-Universität zu Berlin, wirkte gutachterlich an der Berliner Tourismusstrategie mit, die sich für einen stadverträglichen und nachhaltigen Tourismus ausspricht. Zwar sei in diesem Konzept erkannt worden, dass Tourismus die verschiedenen Bezirke der Stadt sehr unterschiedlich präge, dennoch fehle es bisher an einem funktionierenden Mechanismus, der all diese Bedürfnisse in den Blick nehme. So habe die Stadt beispielsweise immer noch keinen Hotelentwicklungsplan. 151 neue Hotels sind geplant. Ob und wo die Platzierung eines Hotels sinnvoll ist, werde allerdings nicht von zentraler Stelle koordiniert. Laut Sommer ist die Stadtentwicklungspolitik gefragt, damit Tourismus und Wohnen in einer Stadt weiterhin nebeneinander funktionieren.

Causa Airbnb Besonders das Thema Wohnen erhitze die Gemüter. Zur authentischen Urlaubserfahrung à la „New Urban Tourism“ gehöre es laut Freytag, nicht im Hotel, sondern in einer Ferienwohnung zu übernachten. Plattformen wie Airbnb erfüllen diesen Wunsch und vermitteln Zimmer oder Apartments. Wohnungen, die dem städtischen Markt entzogen werden, sagen Kritiker. Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung habe die Anzahl an

Airbnb-Unterkünften in einem Bezirk außerhalb des Einflusses auf die dortigen Mieten. Pro Ferienwohnung stiegen diese um durchschnittlich 13 Cent je Quadratmeter.

Um den Markt nicht zusätzlich zu belasten, hat Berlin ein Zweckentfremdungsverbot für Wohnraum eingeführt. Wer nur ein einzelnes Zimmer vermietet, kann dies ohne zeitliche Begrenzung tun, benötigt aber eine Registriernummer. Sollen ganze Wohnungen angeboten werden, braucht es eine Genehmigung. Rund 5.000 Unterkünfte wurden laut Pressestelle der Berliner Senatsverwaltung bisher gemeldet. Die meisten in Mitte, Pankow und Friedrichshain-Kreuzberg. Wie viele illegale Angebote es gibt, könne nicht ermittelt werden. Airbnb weist den Vorwurf, für den angespannten Wohnungsmarkt verantwortlich zu sein, von sich und hat vom Wirtschafts- und Sozialforschungsinstitut Empirica eine eigene Studie durchführen lassen. Demnach würden Ferienwohnungen lediglich 1,5 Prozent des Wohnraums ausmachen, den Berlin bis 2030 bräuchte, um die Nachfrage zu bedienen. Auch Tim Freytag mahnt, Tourismus nicht für alle negativen Entwicklungen einer Stadt verantwortlich zu machen: „Airbnb ist nicht der Kern des Problems, sondern trägt neben anderen Faktoren nur zum ohnehin angespannten Wohnungsmarkt bei.“

Denise Schwarz



Barcelona gilt als beliebtes Ziel für Städtetouristen in Europa. Doch nicht jeder Bewohner freut sich über die Scharen von Besuchern, die täglich wie hier auf der berühmten Plaça de Catalunya durch die Straßen ziehen.

© picture-alliance/ZUMAPRESS.com/Paco Freire

Qualität statt Quantität

URLAUBSPARADIES Thailand sucht Alternativen zum Massentourismus

Thailands Reisegeschäft läuft gerade erst wieder an, doch schon macht der Ansturm der Urlauber wieder Probleme. In besonders populären Buchten des Tropenlandes stand das Ökosystem angesichts des enormen Andrangs bereits vor Jahren vor dem Kollaps. Doch die Coronakrise zeigte, wie sehr Thailand auch darunter leidet, wenn die Urlauber fern bleiben. Zum Tourismus-Neustart sucht das Land nun nach Wegen, eine Urlaubshochburg zu bleiben – die negativen Auswirkungen des Geschäfts aber zu begrenzen.

Besuchermagnet Die Balance zu finden, ist nicht einfach. Lange Zeit hatte sich das Land daran gewöhnt, dass Reisende von Jahr zu Jahr immer mehr Geld in die Kassen spülten. Kamen 2009 noch 14 Millionen Touristen, waren es zehn Jahre später bereits 40 Millionen. Die Hauptstadt Bangkok wurde zu der meistbesuchten Metropole der Welt – vor Städten wie New York, London und Paris. Mehr als 50 Milliarden Dollar gaben die Gäste aus. Das entsprach elf Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung – für den ökonomischen Aufstieg des Schwellenlandes und seiner Bevölkerung galten diese Summen als unverzichtbar. Die Abhängigkeit von der Reisebranche ließ Kritik an den Auswirkungen des Massentourismus jahrelang verhallen – ähnlich wie etwa auch auf den Philippinen, wo die Insel Boracay dem Massentourismus kaum standhalten konnte. In Thailand entwickelte sich die Situation besonders drastisch am Strand der Maya Bay auf der Insel Koh Phi Phi Leh, der über den Film „The Beach“ weltberühmt wurde. Zu Spitzenzeiten kamen 5.000 Besucher pro Tag auf den nur

250 Meter langen Sandstreifen. Dutzende Schnellboote ankerten in der Bucht und verschandelten nicht nur die Aussicht, sondern zerstörten auch die Natur. Die Behörden legten erst die Notbremse ein, als 80 Prozent der Korallenriffe beschädigt waren: Sie verkündeten 2018 die vorübergehende Komplettschließung der Maya Bay für Besucher.

Mit der Coronavirus-Pandemie änderten sich die Probleme auf einen Schlag: Statt zu vieler Urlauber hatte Thailand plötzlich viel zu wenige. Wegen Lockdowns und Einreisebeschränkungen kam das Reisegeschäft in den Jahren 2020 und 2021 nahezu komplett zum Erliegen. Die Wirtschaftsleistung brach so stark ein, wie zuletzt in der Asienkrise Ende der 1990er Jahre. Drei Millionen Menschen verloren laut Tourismusverbänden ihren Job. Nach Jahren der Krise setzt nun nur langsam wieder Normalität ein. Zum 1. Juli hob Thailand so gut wie alle Corona-Regeln für Einreisende aus dem Ausland auf – nur Ungeimpfte müssen noch einen negativen Test vorlegen. Die Regierung hofft, dass mit der Lockerung die Zahl der ausländischen Besucher bis Jahresende auf zehn Millionen steigen wird – im ersten Halbjahr waren es erst zwei Millionen.

Neue Tourismusstrategie Wie Thailand seine Rückkehr als Reisedestination gestalten soll, um nicht wieder von schädlichen Praktiken abhängig zu werden, wird derzeit breit diskutiert. „Thailand braucht eine klare Strategie für nachhaltigen Tourismus, um die Schäden zu vermeiden, die der Övertourismus in der Zeit vor der Pandemie angerichtet hat“, fordert die Umwelt-

journalistin Paritta Wangkiat. Auch die Regierung will nicht zum Massengeschäft aus der Zeit von vor der Pandemie zurückkehren: „Wir wollen uns künftig auf Qualitätstourismus konzentrieren und nicht auf eine möglichst hohe Zahl an Gästen“, sagte Premierminister Prayuth Chan-ocha.

Beschränkte Besucherzahlen An Orten wie der berühmten Strandstadt Pattaya oder der Bangla-Road auf der Ferieninsel Phuket, die von Gogo-Bars und Trinkgelen geprägt sind, ist Thailand von diesen Ambitionen noch weit entfernt. Anderswo sind erste Schritte aber bereits gemacht: Die Maya Bay wurde in diesem Jahr mit strikten Regeln wiedereröffnet, die eine Überfüllung verhindern sollen: Maximal 300 Personen werden gleichzeitig an den Strand gelassen – und nur noch mit Voranmeldung. Touristenboote dürfen gar nicht mehr in der Bucht anlegen, sondern müssen einen alternativen Pier anfahren. Behörden und Geschäftsleute hätten mittlerweile verstanden, dass bestimmte Beschränkungen unumgänglich sind, kommentiert Paritta. Kurzfristig würden die Einnahmen mit dem Traumstrand zwar sinken. „Die Unternehmer wissen aber, dass sie ihr Geschäft nur langfristig aufrechterhalten können, wenn Tourismus und Umwelt in einem guten Gleichgewicht gehalten werden.“ Sie glaubt: Wenn sich diese Erkenntnis auch in anderen Teilen des Landes durchsetzt, könne der thailändische Tourismus sogar stärker werden, als er es vor der Pandemie war. Mathias Peer

Der Autor ist freier Journalist und Korrespondent für Südostasien.

Mit voller Kraft voraus

KREUZFARTEN Trotz scharfer Kritik spürt die Branche weiter Aufwind

362 Meter lang, 18 Decks hoch und Platz für fast 7.000 Passagiere: Mit dem größten Kreuzfahrtschiff der Welt, der „Wonder of the Seas“, meldet sich die Kreuzfahrtindustrie nach zwei Jahren Pandemie zurück und blickt aller Kritik zum Trotz positiv in die Zukunft.

Nachdem die Zahl der Kreuzfahrer 2019 laut Clia, dem globalen Dachverband der Kreuzfahrtindustrie, mit rund 30 Millionen Passagieren auf ein Allzeithoch angestiegen war, brachen die Zahlen 2020 um 81 Prozent ein. Nur noch 5,8 Millionen Menschen waren im ersten Jahr der Pandemie auf Kreuzfahrt. Strikte Aus- und Einreiseregeln sowie zahlreiche Coronainfektionen an Bord brachten die Kreuzfahrtbranche quasi zum Stillstand. Mittlerweile haben viele Länder ihre strikten Reisebeschränkungen gelockert und die Menschen strömen wieder auf die Ozeanriesen. Ende 2023 sollen die Passagierzahlen laut Clia wieder Status quo ante erreichen und bis Ende 2026 sogar zwölf Prozent über denen von 2019 liegen.

Auch die Kreuzfahrtlust der Deutschen ist ungebrochen. Die Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen e.V. ermittelte in der Reiseanalyse 2022, dass für 20 Prozent der Befragten eine Kreuzfahrt in den nächsten drei Jahren in Frage käme oder sicher geplant sei. Damit würde die Kreuzfahrtbranche dort weitermachen, wo sie vor der Pandemie stand. Trotz heftiger Kritik zählte sie zu einer der am schnellsten wachsenden Zweige der Tourismusindustrie.

Niedrige Löhne Rund 1,17 Millionen Menschen waren 2019 weltweit in der Kreuzfahrtindustrie beschäftigt. Dass viele

Angestellte unter prekären Bedingungen arbeiten, wird immer wieder stark kritisiert. Laut einer Recherche der Stiftung Warentest aus dem Jahr 2019 stellten Reedereien besonders im Niedriglohnsektor oftmals Menschen aus Indonesien, Indien oder den Philippinen ein. Löhne zwischen drei und fünf US-Dollar pro Stunde seien dabei keine Seltenheit, so eine Sprecherin der Gewerkschaft Verdi. Welches Arbeitsrecht an Bord gilt, hängt davon ab, unter welcher Landesflagge ein Schiff fährt. Da laut Recherche keines von deutscher Flagge fahre, seien die Reedereien auch nicht zwingend an das deutsche Arbeitsrecht gebunden. Auch mit dem Seearbeitsübereinkom-

men, das seit 2013 gilt und für alle Reedereien Mindestanforderungen an Arbeitszeit und Löhne festlegt, hat sich die Lage kaum verbessert. Arbeiter dürfen dadurch maximal 14 Stunden am Tag und 72 Stunden die Woche arbeiten.

Auch gegen den Trend zum nachhaltigeren Reisen konnte die Kreuzfahrtindustrie sich bisher behaupten. Obwohl 46 Prozent der Befragten in der Reiseanalyse 2022 angaben, dass ihre Reise möglichst umweltverträglich sein solle, spiele eine gute Umweltbilanz laut Forschungsgemeinschaft für das konkrete Reiseverhalten vermutlich keine Rolle.

CO2-Ausstoß Laut Naturschutzbund stößt ein Kreuzfahrtschiff täglich so viel CO2 aus wie 84.000 Autos. Da die meisten Schiffe auch nicht über passende Adapter verfügen, um mit dem Landstromnetz verbunden zu werden, lassen sie ihre Motoren auch im Hafen laufen. Zwar wolle die Branche laut Clia 2030 die ersten emissionsfreien Schiffe auf den Markt bringen und bis spätestens 2050 klimaneutral sein, doch bis dahin belasten Schweröl und CO2 weiterhin die Umwelt.

Ganz spurlos geht die Pandemie jedoch auch weiterhin nicht an der Kreuzfahrtbranche vorbei. Durch den Wegfall von Aufträgen musste die MV-Verft-Gruppe Anfang des Jahres Insolvenz anmelden. Ihr Standort Warnemünde wird künftig von der Marine genutzt werden. Für die beinahe fertiggestellte „Global Dream II“ allerdings konnte kein neuer Investor gefunden werden. Der Ozeanriesen für 9.000 Passagiere wird daher wohl noch vor der Jungfernfahrt verschrottet werden. des



Die „Wonder of the Seas“ ist das größte Kreuzfahrtschiff der Welt.

© picture-alliance/ZUMAPRESS.com/Dennis Hraust

Mit Geldkoffer in die Klinik

MEDIZINTOURISMUS Coronakrise und Krieg haben das Geschäft mit reichen Auslandspatienten eingetrübt

Reisen, Erholung und Therapie, das Angenehme mit dem Nützlichen verbinden: Das geht nicht wenigen Menschen durch den Kopf, wenn sie an das nächste Urlaubsziel denken. Und es betrifft nicht nur die Schönen und Reichen, Sternchen aus der Filmwelt, Oligarchen aus dem fernen Osten, arabische Scheichs oder beachtete Rentner.

Der Medizintourismus ist inzwischen eine feste Größe in der Branche mit spezialisierten Anbietern, wenig transparenten Vermittlungsagenturen und einem teilweise exklusiven Stamm an Kunden, die weite Strecken zurücklegen, um sich in Deutschland, dem Land der Hochleistungsmedizin, behandeln zu lassen.

Solvente „Selbstzahler“ aus dem Ausland sind für manche Krankenhäuser und Ärzte in Deutschland ein lukratives Betätigungsfeld, das während der Corona-Pandemie aber total eingebrochen ist. Auch politische Krisen im Ausland, etwa in arabischen Ländern, in Russland oder der Ukraine, lassen die Nachfrage schwanken.

Solvente Selbstzahler aus dem Ausland sind für manche Kliniken lukrativ.

Patienten aus Polen Die Hochschule Bonn-Rhein-Sieg beschäftigt sich seit vielen Jahren mit Medizintourismus und veröffentlicht regelmäßig aktuelle

Analysen zu dem Thema. Mariam Asefi, die den Forschungsbereich leitet, hat in den zurückliegenden Jahren deutliche Veränderungen am Markt beobachtet.

So haben etwa arabische Staaten, die ihre Bürger über Jahre zur medizinischen Behandlung nach Deutschland geschickt haben, mittlerweile Verträge in anderen Ländern geschlossen. Und der Krieg Russlands gegen die Ukraine lässt die Vermutung zu, dass auch dieser ehemals dynamische Markt kleiner wird. Asefi rechnet jedenfalls mit deutlichen Verschiebungen innerhalb des Medizintourismus.

Die letzte Erhebung der Wissenschaftler vor Corona bezieht sich auf das Jahr 2018. Damals ließen sich den Angaben zufolge rund 250.000 Patienten aus 182 Ländern stationär oder ambulant in Deutschland behandeln, was zu Einnahmen in Höhe von rund 1,2 Milliarden Euro führte. Fast zwei Drittel der Auslandspatienten kamen aus einem EU-Staat zur Behandlung nach Deutschland, die meisten aus Polen, wo das Gesundheitssystem Schwächen hat.

Aus Russland kamen den Angaben zufolge 2018 mehr Patienten nach Deutschland als aus allen Golfstaaten zusammen, jedoch sank die Nachfrage um zehn Prozent. Hingegen kamen damals rund elf Prozent mehr Patienten aus der Ukraine. Das war vor dem flächendeckenden Angriff Russlands auf die Ukraine, die weitere Entwicklung ist nicht absehbar.

Wer aus einem anderen EU-Staat explizit nach Deutschland reist, um Gesundheitsleistungen in Anspruch zu nehmen, braucht nach Angaben der Kassenzahl-

chen Bundesvereinigung (KBV) eine Genehmigung der Krankenkasse im Heimatstaat. Der Anspruchsnachweis muss dann bei einer deutschen Krankenkasse in einen Nationalen Anspruchsnachweis eingetauscht werden. Falls die heimische Krankenkasse den Behandlungsumfang eingeschränkt hat, wird auf dem Nationalen Anspruchsnachweis vermerkt, auf welche Leistungen sich die Genehmigung bezieht.

Unklare Marktlage Bei Patienten ohne Anspruchsnachweis wird nach der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) abgerechnet (ambulant) oder stationär in öffentlichen Kliniken nach dem Krankenhausentgeltgesetz (KHEntG) auf Basis der Fallpauschalen (DRG). Außeruropäische Medizintouristen werden demnach wie inländische Privatpatienten abgerechnet. Bei Patienten aus dem außereuropäischen Ausland kommt es dabei teils zu Abrechnungsproblemen.

Laut einer Studie von 2015 zum Medizintourismus in Berlin-Brandenburg werden einige Medizintouristen daher um Vorkasse gebeten. Krankenhäuser beauftragen mitunter Verrechnungsstellen und Inkassounternehmen, um Forderungen einzutreiben. Wie viele Krankenhäuser und Ärzte sich am Geschäft mit dem Medizintourismus beteiligen, wird statistisch nicht erfasst. Auch eine Anfrage bei der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) brachte kein Licht ins Dunkel. Die DKG könne dazu keine Auskunft geben, diese Daten würden von den Kliniken nicht abgefragt, teilte ein Sprecher mit. Einige Häuser werben aber recht offensiv mit ihren Leistungen auch für ausländische Patienten, manche Regionen haben sich einen guten Ruf erworben bei dieser Kundengruppe, beispielsweise das Ruhrgebiet, Berlin und Brandenburg, der Raum München sowie Hamburg.

Gesetzliche Regelungen Laut einer Expertise der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages gibt es für den Medizintourismus keine spezielle gesetzliche Regelung. Krankenhäuser organisieren das Geschäft in eigener Verantwortung. Verboten ist aber die Vermittlung von Patienten gegen Geld. Nach einem Urteil des Landgerichts Kiel von 2011 begünstigt die Patientenvermittlung eine unerwünschte Kommerzialisierung des Arztberufs und begründet einen unlauteren Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Krankenhäusern. Demnach sind Provisionszahlungen für die Patientenvermittlung gemäß Paragraph 138 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) sittenwidrig. Ferner kann der Experte zufolge bei Verträgen zwischen medizinischen Einrichtungen und Patientenvermittlungsfirmen eine Strafbarkeit nach den Paragrafen 299a und 299b Strafgesetzbuch (StGB) wegen Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen in Betracht kommen.



Manche Patienten kommen aus dem Ausland extra nach Deutschland, um sich hier von Spezialisten behandeln zu lassen.

© picture-alliance/dpa/Universitätsklinikum Heidelberg

Die Stadt Essen im Ruhrgebiet ist nach eigenen Angaben „einer der bedeutendsten Medizin- und Gesundheitsstandorte in Deutschland“ mit 16 Klinikstandorten, rund 6.000 Betten und 1.300 niedergelassenen Ärzten aller Fachrichtungen. Jährlich würden rund 750.000 Patienten aus dem In- und Ausland ambulant und stationär behandelt, heißt es auf der Homepage der Stadt.

Nachfrage eingebrochen Mehrere Krankenhäuser in Essen haben Erfahrung mit internationalen Patienten. Mit der Coronapandemie ist der Wirtschaftszweig allerdings schwer eingebrochen, trotz bestehender Nachfrage. Auch der Ukraine-Krieg lastet schwer auf dem Medizintourismus. Der russische Markt mit Kontakten zu einzelnen Städten und Regionen sei für Essen und das Ruhrgebiet wichtig gewesen, jedoch mit Beginn des Krieges weggebrochen. „Von da kommt gar keiner mehr“, merkt ein Branchenkenner an, der nicht namentlich genannt werden will und die Situation als insgesamt schwierig beschreibt. Für Essen spricht nach Einschätzung des Branchenexperten die Spezialisierung der Kliniken. Beim Gastpatientenmanagement

komme es darauf an, hohe Fallzahlen für bestimmte Behandlungen nachzuweisen, danach werde gezielt gefragt. Seiner Erfahrung nach lassen sich wohlhabende Patienten aus dem arabischen Raum sowie reiche Russen bevorzugt in Bayern oder Hamburg behandeln. Bisweilen werde die Bezahlung der Medizintouristen über die Botschaften abgewickelt. „Es gibt aber auch noch Patienten, die mit dem Geldkoffer kommen.“ Der Branchenfachmann hofft, dass sich die politische Großwetterlage bald bessert und auch die Corona-Pandemie ein Ende findet. Dann sollte der Gesundheitstourismus nach Deutschland wieder aufleben.

Wunschmedizin Der Medizintourismus kennt aber auch die andere Richtung, denn Patienten aus Deutschland lassen sich bisweilen gerne im Ausland behandeln, weil es dort billiger ist. Weil solche Angebote grenzüberschreitender medizinischer Leistungen zunehmen, hat die Bundesärztekammer (BÄK) vor Jahren dazu eine Stellungnahme ihrer Zentralen Ethikkommission veröffentlicht. Demnach nutzen Patienten aus Deutschland in zunehmendem Maß medizinische Angebote im europä-

ischen Ausland und darüber hinaus. Für diese Patienten habe sich in einzelnen Staaten ein spezialisiertes Angebot etabliert, beispielsweise für Zahnprothetik in Ungarn und Polen, für Augenoperationen in Russland und für Fortpflanzungsmedizin in Tschechien, Großbritannien und Spanien.

Hinzu kämen Angebote der sogenannten „wunscherfüllenden Medizin“ einschließlich der ästhetischen Chirurgie und der „alternativen Medizin“. Als Gründe für die Nutzung der Angebote im Ausland werden in der Expertise der Ethikkommission die „teilweise erheblichen Kostenunterschiede“ genannt, die eingeschränkte Verfügbarkeit oder lange Wartezeiten im Inland.

Zahntourismus Nachgefragt werden etwa funktionell und ästhetisch anspruchsvolle Verfahren und Materialien wie Implantate oder Keramikverblendungen, die im Ausland teils erheblich billiger angeboten werden.

Den Kostenvorteilen stünden jedoch Nachteile gegenüber, heißt es in der Stellungnahme. So sei für Laien kaum zu beurteilen, ob die vergleichsweise preiswerte Behandlung zu Lasten der Qualität gehe und

die Versorgung in Wahrheit minderwertig ausfalle.

Kooperation In einer Grauzone bewegen sich nach Einschätzung der Ethikkommission in Deutschland tätige Zahnmediziner, die als „Partnerzahnärzte“ ausländischer Anbieter etwa für Implantate fungieren. Patienten könnten erwarten, dass ein „Partnerzahnarzt“ bei Komplikationen nach einer Behandlung im Ausland ebenso kurzfristig verfügbar sei, als hätte der Arzt die Behandlung selbst übernommen. Auch die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV) warnt vor einem „unüberlegten Zahntourismus“ in EU-Staaten. Zahnersatz etwa sei kein Standardprodukt, sondern müsse individuell angepasst werden, bisweilen seien auch Nachbehandlungen erforderlich. Bei Behandlungen im Ausland gälten die dortigen Gewährleistungen.

Kein Zahnarzt in Deutschland sei dazu verpflichtet, fremden Zahnersatz kostenfrei nachzubessern. Der heimische Zahnarzt sei zudem über Vorerkrankungen der Patienten informiert. Ganz ohne Nebenwirkungen gibt es den Gesundheitstourismus eben doch nicht. *Claus Peter Kosfeld*

»Viele Arbeitnehmer überfordern sich vor dem Urlaub«

PSYCHOLOGIE Der Urlaub ist als Auszeit für das psychische und physische Wohlbefinden von großer Bedeutung

Frau Binnewies, wie wichtig ist der Urlaub für die seelische Gesundheit?

Aus psychologischer Sicht ist der Urlaub als Pause von der Arbeit bedeutsam. Es ist ein Gegenpol zur Arbeit, die uns ja nicht immer gefällt, die anstrengend ist, Energie und Kraft kostet. Dafür braucht es einen Ausgleich. Körper und Geist müssen sich regenerieren können. Dafür leistet der Urlaub einen wichtigen Beitrag.

Was spricht dafür, sich auf eine Urlaubsreise zu begeben?

Die Urlaubsforschung zeigt, dass es eigentlich keinen Unterschied macht, ob man wegfährt oder nicht. Man kann sich im Prinzip zu Hause genauso erholen wie auf Reisen. Allerdings fällt es Menschen leichter, auf Urlaubsreisen psychisch abzuschalten, weil viele neue Eindrücke entstehen. Reisen an sich ist für die Gesundheit nicht in jedem Fall von Vorteil, weil die Varianz groß ist, denn nicht jede Reise ist auch erholsam. Verreisen ist mit Stressfaktoren verbunden. Am Ende kommt es auf die individuell erlebte Qualität des Urlaubs an.

Gilt das auch für das Homeoffice?

Die Trennung zwischen Arbeit und Privat geht im Homeoffice natürlich ein Stück weit verloren. Daher ist das Abschalten zu Hause schwieriger, als wenn jemand wegfährt. Metaanalysen zeigen aber, dass sowohl zu Hause wie auch auf Reisen eine Erholung möglich ist. Wenn Leute

aber während des Urlaubs zu Hause nicht viel ändern im Alltag, können sie sich auch nicht erholen. Aus psychologischer Sicht ist es wichtig, zu Hause neue Erlebnisse zu schaffen, etwa bei Ausflügen, Treffen mit Freunden oder Unternehmungen mit Kindern.

Was ist mit Menschen, die aus Geldnot nicht verreisen können?

Das ist natürlich keine einfache Lage. Der entscheidende Befund ist aber, wie zufrieden jemand in der freien Zeit zu Hause ist.



Psychologin Carmen Binnewies

Bei Menschen, die ständig damit hadern, dass sie nicht verreisen können, die deswegen traurig sind, kann sich die Stimmung in der Urlaubszeit deutlich eintrüben. Manche Menschen, die Geldmangel haben, entwickeln aber Strategien, wie sie damit umgehen können und machen in der Not das Beste daraus.

Ist Urlaub letztlich doch Luxus?

In einer epidemiologischen Studie aus Skandinavien wurden Patienten mit kardiovaskulären Vorerkrankungen analysiert, also Herzproblemen. Die Probanden wurden über viele Jahre hinweg von Forschern begleitet. Die Wissenschaftler haben dabei verschiedene medizinische Faktoren kontrolliert, aber auch, ob sich die Probanden genügend Zeit nehmen für Urlaub und Erholung. Diejenigen Studienteilnehmer, die wenig oder gar keinen Urlaub gemacht haben, sind laut dieser Stichprobe eher gestorben. Insoweit ist Urlaub kein Luxus, sondern ein wichtiger Teil unserer Gesundheit.

Macht es einen Unterschied, ob jemand ein Wochenende unterwegs ist oder drei Wochen?

Die Forschung sagt dazu, dass die Länge des Urlaubs für den Effekt keine Rolle spielt. Es gibt dazu allerdings nicht so viele Daten. In den meisten Studien wird davon ausgegangen, dass die Menschen im Jahr mindestens eine Woche Urlaub machen

sollten. Es gibt Indikatoren, die dafür sprechen, dass auch Kurzurlaube gut sind für die Erholung. Entscheidend ist nicht die Länge, sondern wie der Urlaub erlebt wird. Mehrere Kurzurlaube könnten sogar günstiger sein, weil der erstrebte Urlaubseffekt jeweils nicht so lange anhält.

Manche Leute sitzen im Urlaub ständig am Handy und lesen Mails vom Chef. Was raten sie denen?

Wir haben die Kommunikation von Urlaubern analysiert und festgestellt, je mehr die Leute im Urlaub mailen oder chatten, desto schlechter ist es für das psychische Abschalten. Bei arbeitsbezogenen Kontakten ist das nachvollziehbar, aber auch private Kontakte nach Hause waren nicht gut für das erhoffte Abschalten vom Alltag. Also je weniger solche Kommunikation, desto besser. Es kann aber natürlich in bestimmten Berufen sinnvoll sein, auch im Urlaub mal ans Handy zu gehen und Informationen abzurufen. Die Studien haben im Übrigen gezeigt, dass die gemäßigte Nutzung von sozialen Netzwerken im Internet für die Erholung eher unschädlich ist, dafür aber oft schlechte Laune verbreitet, weil die Leute dazu tendieren, sich mit anderen Menschen zu vergleichen, denen es vermeintlich besser geht.

Es gibt Arbeitnehmer, die werden pünktlich zum Urlaub plötzlich krank. Was ist da los?

Dieses Phänomen nennt sich in der Medizin Leisure Sickness (Freizeitkrankheit) und ist recht typisch. Der Körper setzt, evolutionär bedingt, in einer Stressphase, in dem Fall bei der Arbeit, schützende Hormone frei. Wenn die Hormonausschüttung im Urlaub dann nachlässt, wird auch das Immunsystem schwächer. Viele Arbeitnehmer überfordern sich regelmäßig vor dem Urlaub, weil sie unbedingt noch alles Mögliche schnell erledigen wollen. Das rächt sich dann.

Kann Urlaub einen Burnout verhindern?

Nein. Ausgebrannte Menschen sind am Ende ihrer Kräfte, die sind nach eigener Schilderung oft so müde, dass sie nicht mehr schlafen können. Die haben nicht mehr die Kraft, sich gut zu erholen. Aus psychologischer Sicht fehlt es diesen Menschen an Selbstregulation. In dem Fall hilft auch kein Urlaub, um aus dem Burnout, der oft von einer Depression begleitet wird, wieder herauszukommen. Es kann sogar sein, dass depressive Menschen, wenn sie zur Ruhe kommen, erst dann realisieren, wie schlecht es ihnen eigentlich geht.

Manche Leute planen Reisen in ferne Länder und muten sich viel zu. Wie groß ist das Risiko, von der Reise Freude in den Reisetstress abzugleiten?

Reisen kann tatsächlich sehr stressig sein, sodass sich am Ende kein Nettoeffekt bei

der Erholung ergibt. Aber es gibt eben auch Lebensträume, die wollen sich manche Leute unbedingt erfüllen, das kann anstrengend sein, aber auch für ein ganzes Leben prägend. Insofern kann auch ein stressiger Urlaub legitim sein. Es gibt im Übrigen eine Tendenz, bestimmte negative Erfahrungen im Urlaub im Nachhinein positiv umzudeuten.

Wie gehen Menschen damit um, dass ihre Fernreise der Umwelt schadet oder das Zielland eine Diktatur ist?

Das Umweltbewusstsein ist zuletzt noch stärker in den Fokus gerückt. Das kann psychisch belastend sein, aber viele Menschen verdrängen das im Urlaub. Letztlich ist es für die Psyche auch ein gesunder Mechanismus, bestimmte Dinge vorübergehend auszublenden. Das heißt aber nicht, dass Leute völlig gedankenlos durch diese Welt fahren sollten. Sie können sich vor Ort schon mit den dortigen Problemen auseinandersetzen. Es ist aber schwierig, anderen Leuten für ihre Reiseplanung etwas vorzuschreiben. Moral- und Wertevorstellungen sind sehr persönlich. Wir würden ja auch niemandem vorschreiben, was er essen soll. Niemand ist perfekt.

Die Fragen stellte Claus Peter Kosfeld. ||

Prof. Dr. Carmen Binnewies leitet den Bereich Arbeitspsychologie am Institut für Psychologie der Universität Münster.

AUFGEKEHRT

Das Ticket danach

Die Politik hat verstanden. Endlich. Sogar die FDP, die ja immer länger braucht beim Kapiere, wie in der Schulzeit der Typ ganz hinten in der Klasse, der irgendwann rücklings vom Stuhl gekippt ist vor Langeweile. Wir wollen das Neun-Euro-Ticket! Dauerhaft. Für Spitzenpolitiker kommt die Forderung total überraschend, denn zum einen haben sie die Möglichkeit, bequem und umsonst bundesweit mit der Bahn zu fahren, natürlich nicht in überfüllten Regionalbahnen mit kaputter Toilette und tätowierten Halbnackten aus Stralsund auf dem Schoß, sondern schick im ICE, weich gepolstert, mit Beinfreiheit. Zum anderen können Politiker einfach nicht glauben, dass Geldfragen wirklich relevant sind in der Bevölkerung. Vizekanzler Robert Habeck hat zugegeben, dass er nicht wisse, wohin mit der Kohle, Kanzler Olaf Scholz sind beim Einkauf die Preise egal. Kein Wunder, dass ihm auch die Inflation nichts ausmacht. Und dank Christian Lindners zuckerüßer Zweithochzeit auf Sylt mit Porsche und Paparazzi weiß auch der letzte Zweifler: Geld ist eine Sache der Einstellung, nicht des Einkommens. Unionsfraktionsflieger Friedrich Merz steuerte direkt im Privatflugzeug auf die Wanderdüne, um gleich mal alle Dienstwagenklassen hinter sich zu lassen und aus der Luft einen kritischen Blick auf den Klimawandel zu werfen. Bundesverkehrsminister Volker Wissing will nun nachdenken lassen über das Ticket danach, das riecht schon wieder nach Zeitenwende. Zunächst sollen allerdings die Bedürfnisse der Bürger „evaluiert“ werden, wie der Aufschub wichtiger Entscheidungen in Politikerkreisen auch gerne genannt wird. Bevor jedoch gleich wieder Weihnachten vor der Tür steht, hier schon mal die Kurzevaluatation: Billig bitte, bundesweit und brutal simpel! *Claus Peter Kosfeld*

VOR 30 JAHREN...

Tabu-Thema Abtreibung

4.8.1992: Verfassungsrichter kippen Abtreibungsgesetz Wann darf eine Frau abtreiben lassen? Seit Jahrzehnten sorgt diese Frage für hitzige Debatten – zuletzt wieder diesen Juni: Während in den USA das liberale Abtreibungsrecht gekippt wurde, hob der Bundestag am



Im Sommer 1992 gab es Protest in Berlin gegen den Paragraphen 218.

selben Tag das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche auf. Familienministerin Lisa Paus (Bündnis 90/Die Grünen) denkt schon einen Schritt weiter: „Man muss auch über den Paragraf 218“, der die Strafbarkeit von Abtreibungen regelt, „reden“, sagte sie. Darüber wurde schon vor 30 Jahren gestritten. Nach der Wiedervereinigung wurde eine einheitliche Regelung in Ost und West notwendig. Denn während in der DDR ein Schwangerschaftsabbruch nach Beratung bis zur zwölften Schwangerschaftswoche legal war, war er in der Bundesrepublik rechtswidrig und nur etwa aufgrund medizinischer Indikation legal. Schon im Sommer 1990 gingen bundesweit Tausende gegen die westdeutsche Regelung auf die Straße. 1992 beschloss der Bundestag eine Reform: Dabei wurde eine Pflichtberatung eingeführt, die einen Abbruch in den ersten zwölf Wochen als nicht rechtswidrig einstufte. Doch das Gesetz landete auf Antrag Bayerns und 247 Unions-Abgeordneter vor dem Bundesverfassungsgericht. Am 4. August 1992 haben die Richter entschieden: Das Grundgesetz verpflichte den Staat, ungeborenes Leben zu schützen. Eine Abtreibung müsse weiterhin als Unrecht gelten und dürfe lediglich innerhalb der ersten zwölf Wochen „straflos“ bleiben. 1995 setzten die Abgeordneten die Vorgaben um: Ein Abbruch blieb zwar straffrei, aber trotz Beratung in der Regel rechtswidrig. Als rechtmäßig galt er nur aus medizinischen Gründen oder nach einer Vergewaltigung. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: FÜHRUNG DURCH DAS REICHSTAGSGEBÄUDE



Führungen für Groß und Klein bietet der Bundestag in der sitzungsfreien Zeit an. Höhepunkt ist der Besuch des Plenarsaals (Archivbild). *picture-alliance/dpa/Gregor Fischer*

Hinter den Kulissen des Bundestages

Trotz Sommerpause herrscht geschäftiges Treiben vor den Türen des Plenarsaals. Dort, wo normalerweise Abgeordnete in Gespräche vertieft sind und Pressevertreter mit ihren Kameras stehen, warten heute Besucher aus aller Welt, um einen Blick hinter die Kulissen des Reichstagsgebäudes zu werfen. „Was wollen Sie sehen? Leider kann ich Ihnen in der kurzen Zeit nicht alles zeigen“, begrüßt Rainer Hartmeier die Wartenden. Mehr als 5.000 Vorträge und Führungen hat der Politikwissenschaftler absolviert – anfangs noch im Bonner Wasserwerk. „Das Jakob-Kaiser-Haus fände ich interessant“, antwortet eine der acht Teilnehmenden. Doch zuerst geht es für die Gruppe durch die Gänge rund um den Plenarsaal. Sofort wandern die Blicke nach rechts und links. Die Wände sind übersät mit kyrillischen Schriftzeichen, Namen, Daten. Soldaten der Roten Armee haben sich nach Ende des Zweiten Weltkriegs dort verewigt. Als die Schrift bei Renovierungsarbeiten in den 1990er Jahren wieder zum Vorschein kam, wurde be-

schlossen, dieses Stück Zeitgeschichte zu erhalten, erklärt Hartmeier. Dass die Gebäude im Parlamentsviertel unterirdisch verbunden sind, kommt den Besuchern bei 37 Grad Außentemperatur zu Gute. Per Laufband geht es für den gewünschten Abstecher in das benachbarte Jakob-Kaiser-Haus, wo ein Teil der Abgeordneten und Verwaltungsmitarbeiter ihre Büros hat. Ob man bei Führungen auch auf Abgeordnete treffe, fragt ein Familienvater aus Münster. Da diese nur außerhalb der Sitzungstage stattfinden, sei es unwahrscheinlich, aber nicht völlig ausgeschlossen, antwortet Hartmeier. Gute Chancen habe man an einem Dienstag in den Sitzungswochen, wenn die Abgeordneten ihre Fraktionsitzungen haben. Im Normalbetrieb befinden sich dann bis zu 1.200 Menschen auf der Fraktionsebene oberhalb des Plenarsaals. Heute ist Hartmeiers Gruppe fast allein auf der Etage. Für ihn gehört dieser Ort fest zu jeder Führung dazu, schließlich ist er „ein wichtiger politischer Bereich

des Hauses“. Neben den großen Fraktionssälen befinden sich auf der Ebene des Reichstagsgebäudes auch vier kleine Räume – versteckt in den vier Türmen. Nach einer Stunde hat die Gruppe den Plenarsaal von außen, hinten und oben gesehen. Jetzt ist es an der Zeit, ihn auch von innen zu besichtigen. Während auf den anderen Tribünen Besucher gerade einem Vortrag lauschen, nimmt Hartmeier etwas abseits mit seiner Gruppe Platz. Dort, wo sonst die Fotografen sitzen, lehnt er am Geländer und beantwortet geduldig die Fragen der Besucher. Er verstehe es als Teil des Jobs, über die parlamentarische Arbeit aufzuklären und zu vermitteln, wie dieses Haus arbeitet: „Die Menschen soll hier nicht mit Fragen rausgehen.“ Besonders interessiert sich die Gruppe für die Arbeit der Stenographen, die im Plenarsaal direkt vor dem Redepult sitzen und per Kurzschrift jedes gesprochene Wort protokollieren. Bis zu 500 Silben könnten sie pro Minute laut Hartmeier stenographieren – in Langschrift schafft ein Mensch gerade einmal 40. *Denise Schwarz*

LESERPOST

Zur Ausgabe 28-29 vom 11. Juli 2022, „Der Staat kann eingreifen“ auf Seite 1:

Kein Sommertheater, sondern ein Herbstalptraum: Der Kreml-Diktator und Kriegsverbrecher Wladimir Putin zeigt Deutschland gnadenlos seine brutale Machtpolitik! Am 11. Juli 2022 wurde die Pipeline Nord Stream 1 abgeschaltet, um wie jedes Jahr gewartet zu werden. Ist das der Countdown für eine gewaltige Gaskrise? Das wäre in der Tat ein Horrorszenerario für unser Land; besonders für die ärmere Bevölkerung, deren Wohnungen im Winter kalt bleiben könnten. Als Reaktion spricht die Regierung von dem schnellen Ausbau der Windkraft! In dieser Notlage müssen jedoch alle verfügbaren Energieressourcen ausgeschöpft wer-

Zur Ausgabe 28-29 vom 11. Juli 2022, „Banger Blick voraus“ und „Streit über Impfungen“ auf Seite 6:

Dass es schon immer neue Viren beziehungsweise neue Virus-Varianten gegeben hat, das dürfte ein alter Hut sein! Der Menschheit ist es bisher allerdings immer geglückt zu überleben. Aber schenkt man Gesundheitsminister Karl Lauterbach Glaube, könnte man meinen, uns stehe das Ende der Menschheit kurz bevor. Dieser Angst- und Panikverbreiter im Gesundheitsamt sollte eher mal darüber nachdenken, ob es der verängstigten Menschen wohl besser gehen dürfte, wenn er endlich seinen Hut nehmen würde. *Ursula Reichert, Hanau*

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 8. August.

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

SEITENBLICKE



Name für KiKo-Adler gesucht

AUSSCHREIBUNG Schon zu Bonner Zeiten war der flauschige weiß-braune Plüschadler fester Bestandteil der Kinderkommission (KiKo). Wie er damals genau zum Bundestag kam, weiß niemand so genau. Fest steht allerdings, dass er schon länger für die Kommission arbeitet als alle ihre Mitglieder zusammen. Auch bei der Konstituierung der 10. KiKo am 24. März dieses Jahres war der kleine Adler mit von der Partie. Nur einen Namen hat der fleißige Helfer in all der Zeit nicht erhalten. Dies soll sich nun ändern. Dabei setzt die KiKo vor allem auf die Kreativität der Kinder, für deren Belange sie sich im Bundestag einsetzt. Wer eine gute Idee hat, wie das Maskottchen künftig genannt werden soll, kann den Namensvorschlag inklusive kurzer Begründung noch bis zum 30. September einreichen. Ideen werden per E-Mail (kinderkommission@bundestag.de) oder Post (Deutscher Bundestag, Kinderkommission, Platz der Republik 1, 11011 Berlin) angenommen. Mitmachen lohnt sich: Unter allen Teilnehmenden werden kleine Geschenke verlost. *dp*



dp/STB, Sekretariat der KiKo

PERSONALIA

>Volker Schemmel † Bundestagsabgeordneter 1990, SPD

Am 5. Juli starb Volker Schemmel im Alter von 79 Jahren. Der Maschinenbauingenieur aus Altenburg zählte 1989 zu den Mitbegründern der dortigen SDP bzw. SPD. 1990 wurde er in die erste frei gewählte Volkskammer der DDR gewählt und gehörte von Oktober bis Dezember dem Bundestag an. Von 1994 bis 1999 war Schemmel Staatssekretär im Ministerium für Justiz und Europaangelegenheiten in Thüringen und gehörte von 1999 bis 2004 dem dortigen Landtag an. 2007 wählte ihn der Kreistag Altenburger Land zum ehrenamtlichen Beigeordneten.

>Klaus-Jürgen Hedrich † Bundestagsabgeordneter 1983-2005, CDU

Am 28. Juni starb Klaus-Jürgen Hedrich im Alter von 80 Jahren. Der Studentrat aus Uelzen, CDU-Mitglied seit 1961, amtierte von 1970 bis 1981 als Kreisvorsitzender, stand von 1981 bis 1991 an der Spitze des Bezirksverbands Lüneburg und war von 1978 bis 1990 Mitglied des CDU-Landesvorstands in Niedersachsen. Von 1972 bis 2006 gehörte Hedrich dem Kreistag in Uelzen und von 1974 bis 1983 dem Niedersächsischen Landtag an. Im Bundestag arbeitete Hedrich zumeist im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit. Von 1994 bis 1998 amtierte er als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

>Angelika Sabine Pfeiffer Bundestagsabgeordnete 1990-1998, CDU

Am 27. Juli wird Angelika Sabine Pfeiffer 70 Jahre alt. Die Dipl.-Sozialarbeiterin aus Leipzig trat 1982 der CDU in der DDR bei und gehörte 1990 der ersten frei gewählten Volkskammer an. Im Bundestag engagierte sich Pfeiffer im Gesundheits- sowie im Innenausschuss. Von 1999 bis 2009 war die Jubilarin Mitglied des Sächsischen Landtags.

>Christa Nickels Bundestagsabgeordnete 1983-1985, 1987-1990, 1994-2005, Die Grünen

Am 29. Juli begeht Christa Nickels ihren 70. Geburtstag. Die Krankenschwester aus Geilenkirchen, die 1979 zum Gründerkreis der Grünen in Nordrhein-Westfalen zählte, war 1983/84 parlamentarische Geschäftsführerin ihrer Bundestagsfraktion und gehörte 1984/85 deren Vorstand an. Von 1994 bis 1998 war sie Vorsitzende des Petitionsausschusses und von 2001 bis 2005 Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Das Amt der parlamentarischen Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Gesundheit hatte sie von 1998 bis 2001 inne.

>Günter Baumann Bundestagsabgeordneter 1998-2017, CDU

Am 1. August wird Günter Baumann 75 Jahre alt. Der Dipl.-Ingenieur aus Jöhstadt/Erzgebirgskreis trat 1972 der CDU in der DDR bei. Von 1990 bis 1998 amtierte er als Bürgermeister seiner Heimatstadt und gehörte von 1990 bis 2014 dem Kreistag Annaberg bzw. Erzgebirgskreis an. Baumann, stets als Direktkandidat gewählt, wirkte im Petitions- sowie im Innenausschuss mit.

>Karl-Martin Graß Bundestagsabgeordneter 1976, CDU

Am 1. August vollendet Karl-Martin Graß sein 85. Lebensjahr. Der promovierte Historiker wurde 1957 CDU-Mitglied. Von 1965 bis 1973 war er im Vorstand der Jungen Union in Rheinland-Pfalz, von 1969 bis 1973 gehörte der Jubilar dann dem Bundesvorstand an. Im April 1976 rückte Graß für Carl-Ludwig Wagner in den Bundestag nach. Er war Mitglied des Rechtsausschusses.

>Eva Pohl Bundestagsabgeordnete 1990-1994, FDP

Am 3. August begeht Eva Pohl ihren 85. Geburtstag. Die Fachärztin für Innere Medizin schloss sich 1956 in der DDR der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD) an, wurde 1990 FDP-Mitglied und stellvertretende Landesvorsitzende in Thüringen. Pohl engagierte sich im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung.

>Axel Schäfer Bundestagsabgeordneter seit 2002, SPD

Axel Schäfer wird am 3. August 70 Jahre alt. Der Referatsleiter in der Bochumer Kulturverwaltung trat 1969 in die SPD ein und gehörte von 2000 bis 2016 dem Vorstand der Region Westliches Westfalen an. Von 1994 bis 1999 war er Mitglied des Europäischen Parlaments. Im Bundestag wirkte der Direktkandidat des Wahlkreises Bochum I im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, im Rechts- sowie im Sportausschuss mit. Von 2010 bis 2017 amtierte Schäfer als stellvertretender Fraktionsvorsitzender mit der Zuständigkeit für Europapolitik sowie für Petitionen bzw. Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Seit 2018 gehört der Jubilar der Parlamentarischen Versammlung des Europarats an. *bmh*

leicht
erklärt!

Zu viele Urlauber

Was ist Über-Tourismus?



Urlaub ist für viele Menschen wichtig.

Im folgenden Text geht es deswegen um das Thema Urlaub.

Genauer:

Es geht darum, was passiert, wenn zu viele Urlauber einen Ort besuchen.

Folgende Fragen werden im Text zum Beispiel beantwortet:

- Wann sind zu viele Urlauber an einem Ort?
- Welche Probleme macht das?
- Welche Lösungen suchen die Urlaubs-Orte dafür?

Immer mehr Urlauber

Schon seit vielen Jahren beobachten Experten: Auf der ganzen Welt verreisen immer mehr Menschen.

In der Corona-Zeit ist die Zahl zwar sehr gesunken.

Aber: Inzwischen steigt sie wieder an.

An manchen Orten auf der Welt führt das zu einem Problem.

Es gibt dort nämlich zu viele Urlauber.

In der Fach-Sprache nennt man das auch: Über-Tourismus.

Mit „über“ ist gemeint, dass es von etwas zu viel gibt.

Und das Wort „Tourismus“ beschreibt alles, was mit Urlaubs-Reisen zu tun hat.

„Über-Tourismus“ heißt also einfach: zu viele Urlauber.



Wann gibt es zu viele Urlauber?

Ab wann es zu viele Urlauber gibt, hängt ganz vom jeweiligen Urlaubs-Ort ab.

Manche Orte können mehr Urlauber aushalten.

Andere Orte können weniger Urlauber aushalten.

Wenn man von zu vielen Urlaubern hört, geht es meistens um Städte.

Es kann aber auch um die Natur gehen.

Wenn also zum Beispiel zu viele Menschen an Strände, in Wälder oder in die Berge reisen.



Eine Beschreibung für den Begriff „Über-Tourismus“ lautet:

An einem Ort sind zu viele Urlauber, wenn eines oder beide der folgenden Dinge zutreffen:



Einheimische haben das Gefühl: An ihrem Wohn-Ort lässt es sich durch die vielen Urlauber schlechter leben.

Oder:

Urlauber haben das Gefühl: Ihnen macht der Urlaub an einem bestimmten Ort wegen der vielen anderen Urlauber weniger Spaß.

Warum reisen manchmal viele Menschen an denselben Ort?

Es gibt verschiedene Gründe, warum bestimmte Urlaubs-Orte sehr beliebt sind.

Zum Beispiel:



- Flüge mit dem Flugzeug zu bestimmten Orten sind oft sehr billig. Dann fliegen viele Leute gleichzeitig an diesen Ort.

- Es gibt immer mehr Kreuz-Fahrten. Also Rund-Fahrten mit großen Schiffen.

Die lassen ihre Gäste dann gleichzeitig an bestimmten Häfen raus.

- Bestimmte Orte werden durch Film, Fernsehen oder Internet sehr bekannt.

Sie tauchen zum Beispiel in Filmen oder Serien auf.

Oder Bilder davon werden auf Facebook oder Instagram geteilt.

Dann wollen plötzlich alle Leute dorthin.

Probleme durch zu viele Urlauber



Wenn es an einem Ort zu viele Urlauber gibt, kann das zu verschiedenen Problemen führen.

Hier ein paar Beispiele:



Probleme mit den Einheimischen

Es kann zu Problemen zwischen Urlaubern und Einheimischen kommen.

Vor allem in Städten.

Die Gründe dafür sind zum Beispiel:

- Die Urlauber hinterlassen zu viel Müll.
- Sie sind zu laut.
- Sie verstopfen Straßen und Plätze.

Oft haben die Einheimischen auch das Gefühl: Die Urlauber nehmen ihnen die Plätze an allen möglichen Orten weg.

Zum Beispiel:

- in Wirtschaften
- im Kino
- bei Diensten wie einem Friseur

Probleme mit dem Wohn-Raum

Urlauber übernachten oft an ihrem Urlaubs-Ort.



Wenn an einen Ort viele Urlauber kommen, werden Wohnungen öfter zu Ferien-Wohnungen.

Diese Wohnungen fehlen dann für die Einheimischen.

Für die Einheimischen werden die Mieten höher.

Oder sie finden gar keine Wohnungen mehr.

Probleme für Firmen und Geschäfte

An manchen Orten verdienen sehr viele Menschen mit Urlaubern ihr Geld.



Vor allem an Orten, wo es sehr, sehr viele Urlauber gibt.

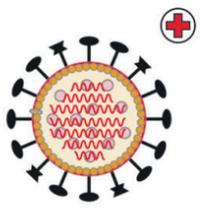
Es gibt Wirtschaften für die Urlauber.

Es werden Andenken an Urlauber verkauft.

Es werden Freizeit-Angebote für Urlauber gemacht.

Das Problem:

Wenn die Urlauber wegbleiben, verdienen die Menschen am Urlaubs-Ort plötzlich kein Geld mehr.



Gerade während Corona war das an manchen Orten ein großes Problem. Denn in dieser Zeit gab es kaum Urlaubs-Reisen.

Probleme für die Natur



Viele beliebte Urlaubs-Orte liegen in der Natur.

Zum Beispiel in Natur-Schutz-Gebieten.

Wenn zu viele Urlauber an einem Ort sind, kommt die Natur damit nicht zurecht.

Die Urlauber hinterlassen zu viel Müll. Sie stören Tiere. Sie zertreten Pflanzen.

Ein Problem ist auch, dass sich viele Urlauber nicht an die Regeln in Natur-Schutz-Gebieten halten.

Sie bleiben zum Beispiel nicht auf den vorgeschriebenen Wegen.

Das kann der Natur dann noch mehr schaden.

Lösungen für zu viele Urlauber



Viele Orte mit Über-Tourismus versuchen, etwas gegen das Problem zu machen.

Hier ein paar Beispiele:

Urlauber an andere Orte locken

Bevor man einen Urlaub macht, sucht man sich oft Infos über mögliche Ziele.

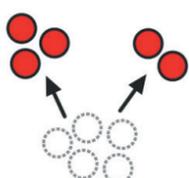
Man findet sie zum Beispiel:

- im Internet
- im Reise-Büro
- in der Werbung

Wenn man nur Infos zu bestimmten Orten findet, dann reisen dort auch besonders viele Leute hin.

Wenn man den Leuten mehr Infos über andere Orte gibt, reisen sie öfter dorthin.

Dann verteilen sich die Urlauber besser. Und es kommt an einzelnen Orten zu weniger Über-Tourismus.



Sperrungen und Verbote



Man kann bestimmte Orte für Urlauber sperren.

Zum Beispiel Bereiche in Natur-Schutz-Gebieten. Oder auch Strände.

Die italienische Stadt Venedig hat beschlossen:

Große Kreuz-Fahrt-Schiffe dürfen nicht mehr so nah an die Innenstadt fahren.

Beschränkungen der Besucher-Zahlen

Man kann festlegen, wie viele Urlauber einen bestimmten Ort besuchen dürfen.



Das hat zum Beispiel die Stadt Amsterdam in den Niederlanden gemacht.

In Zukunft soll es eine Höchst-Zahl für Besucher im Jahr geben.

Eintritt verlangen

Wenn ein Urlaubs-Ort Geld kostet, gehen weniger Leute dorthin.



Deswegen wird auch an Orten Eintritts-Geld verlangt, von denen man das sonst nicht kennt.

Zum Beispiel in Venedig.

Ab 2023 muss jeder Tages-Besucher Eintritt zahlen, wenn er in die Stadt will.

Auf diese Weise sollen 2 Dinge erreicht werden:

Es sollen weniger Urlauber nach Venedig kommen.

Die Urlauber sollen sich an den Kosten beteiligen, die sie verursachen.

Zum Beispiel an den Kosten für die Müll-Abfuhr.

Gute Gründe für Urlaub



Wenn man von Über-Tourismus spricht, muss man eine Sache beachten:

Urlaub machen ist nicht unbedingt schlecht.

Es gibt auch viele gute Dinge am Urlaubmachen.

Zum Beispiel:

Für viele Gegenden sind Urlauber wichtig.

Denn: Sie bringen Geld mit an den Urlaubs-Ort.

Zum Beispiel, weil sie dort essen gehen.

Oder einkaufen.

Urlaub kann also Arbeits-Plätze schaffen.

Und er kann Menschen in einer bestimmten Gegend helfen, Geld zu verdienen.



Viele Leute finden: Urlaub kann dazu führen, dass sich die Menschen auf der Welt besser verstehen.

Denn:

Wenn man reist, lernt man andere Länder kennen.

Und andere Menschen.

Dann versteht man besser, wie Menschen überall auf der Welt denken.

Dadurch kommt es zu weniger Streit.

Manchen Menschen finden sogar: Urlaub und andere Reisen können dafür sorgen, dass es auf der Welt friedlicher ist.



Für viele Menschen ist Urlaub wichtig für ein gesundes Leben.

Sie erholen sich im Urlaub.

Sie lernen neue Dinge kennen.

Sie finden neue Freunde.



Urlaub machen kann also eine gute Sache sein.

Über-Tourismus ist aber ein Problem.

Die wichtige Frage ist deswegen:

Wie kann man Urlaub ermöglichen, der dem Urlaubs-Ort nicht schadet?



Kurz zusammengefasst

„Über-Tourismus“ bedeutet: An einem Ort gibt es zu viele Urlauber.

Dadurch kommt es zu Problemen

- für die Einwohner an dem Urlaubs-Ort,
- für die Natur
- und für die Urlauber.

Die Probleme mit dem Über-Tourismus werden in den letzten Jahren immer schlimmer.

An vielen Urlaubs-Orten sucht man nach Lösungen.

Denn:

Urlaub kann eine gute Sache sein.

Über-Tourismus will man aber verhindern.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



Nachrichten
Werk

www.nachrichtenwerk.de

Einen Ratgeber mit den Regeln der Leichten Sprache finden Sie auf der Internet-Seite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

Titelbild: © picture alliance / Daniel Kalker / Daniel Kalker. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 30-31/2022
Die nächste Ausgabe erscheint am 8. August 2022.